

DER WEG ZUR PROSPERITÄT

STEPHAN SCHULMEISTER

**DER WEG
ZUR
PROSPERITÄT**

ecowin

SALZBURG – MÜNCHEN



*Den Neoliberalen in allen Parteien,
in den Medien und in der Wissenschaft.*

Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr. Eine Haftung der Autoren bzw. Herausgeber und des Verlages ist ausgeschlossen.

1. Auflage
© 2018 Ecwin Verlag bei Benevento Publishing,
eine Marke der Red Bull Media House GmbH,
Wals bei Salzburg

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das des öffentlichen Vortrags, der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen sowie der Übersetzung, auch einzelner Teile. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.
Gesetzt aus der Minion Pro, BaseTwelve

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:
Red Bull Media House GmbH
Oberst-Lepperdinger-Straße 11–15
5071 Wals bei Salzburg, Österreich

Statistik: Eva Sokoll
Grafik: Studio 2000, Wolfgang Fuehrer
Lektorat: Bernd Klöckener
Satz: MEDIA DESIGN: RIZNER.AT
Umschlaggestaltung: b3K design, Andrea Schneider, diceindustries
Printed in Czech Republic

ISBN 978-3-7110-0148-1

INHALT

1. Einleitung	9
Teil I	
Theorieproduktion als sozialer Prozess	
2. Der Markt als höheres Wesen: Idealistische versus realistische Wirtschaftstheorien	18
3. Exkursion mit Ludwik Fleck: Wissenschaftliche Weltbilder als »Harmonie der Täuschungen«	36
4. Die »unsichtbare Hand«: Markt als Subjekt, Mensch als Objekt und der missbrauchte Adam Smith	48
Teil II	
Von der Depression zur Prosperität und zurück	
5. Lernen aus der Weltwirtschaftskrise: Keynesianismus als Fundament von sozialer Marktwirtschaft und Prosperität	58
6. Restauration der »Marktreligiosität«: Gegen-Aufklärung bereitet den Boden für den Wechsel der »Spielanleitung«	75
7. Ent-Fesselung der Finanzmärkte und Selbst-Entmündigung der Politik: Der lange Weg in die große Krise	104
Teil III	
Ein neuer theoretischer Rahmen	
8. Realkapitalismus und Finanzkapitalismus: Zwei »Spielanordnungen« wechseln sich ab	124
9. »Lassen wir unser Geld arbeiten«: Finanzspekulation und ihre Folgen	157
10. Zwillingsprobleme: Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung	190

Teil IV

Europa in der Sackgasse

- 11. Therapie als Teil der Krankheit:
Südeuropa in der Depression..... 210
- 12. Vor der Finanzkrise:
Südeuropa expandiert, Deutschland stagniert 232
- 13. Austeritätspolitik:
Zwanzig Jahre nach den USA setzt sich auch Deutschland ab..... 242
- 14. Der Euro:
Das Richtige im Falschen 252

Teil V

Eine verheerende Gesamtbilanz

- 15. Vertrauensverlust und Zukunftsangst:
Die herrschende »Spielanordnung« demoliert
das Europäische Sozialmodell 272
- 16. Eigennutz, Leistungsstärke und Konkurrenz:
Wie neoliberale Grundwerte unser Leben verändern..... 284
- 17. Neoliberalismus als Theorie und Politik:
Ein unfassbar falsches Ganzes..... 295

Teil VI

Navigation aus der Krise

- 18. Überwindung des Finanzkapitalismus:
Es braucht menschengerechte Theorien..... 306
- 19. Erneuerung des Europäischen Sozialmodells:
Konkrete Vorschläge..... 315
- 20. Die Rolle von Ökonomen:
Von der »Marktreligiosität« zurück zu Aufklärung und
Anteilnahme 358

- Anmerkungen 369
- Literatur- und Quellenverzeichnis 443
- Danksagung 463
- Register 469

1. EINLEITUNG

Was ist los mit Europa? 20 Millionen Menschen sind arbeitslos, 100 Millionen müssen sich mit »atypischen« Jobs zufriedengeben, die Staatsverschuldung steigt seit vierzig Jahren, »wir« können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten. Eigenverantwortung reicht aber auch nicht: Junge Menschen können schwer selbstständig werden, weder Jobs noch Wohnraum sind leicht zu finden. Einkommen und Vermögen einer kleinen Oberschicht wachsen weiter, während Armut unübersehbar geworden ist. Gleichzeitig nehmen nationalistische Spannungen zu, es drohen Handelskriege, die Nervosität auf den Finanzmärkten steigt.

Wachsende Ungleichheit nährt Verbitterung, Wut und Angst – auch unter den Noch-nicht-Deklassierten. Rechtspopulistische Politiker »arbeiten« mit diesen Gefühlen und lenken sie gegen Schuldige: *die* Globalisierung, *die* Europäische Union, *das* Establishment *oben* und *die* Muslime, *die* Flüchtlinge oder *die* Fremden *unten*. Und sie versprechen Sicherheit, soziale Wärme und Übersichtlichkeit in den nationalen Volksgemeinschaften – Erfüllung der Sehnsüchte von immer mehr Menschen.

Der Aufstieg der rechten Verführer beschleunigt das Auseinanderdriften Europas. Der EU-Austritt Großbritanniens ist nur *ein* Schritt in diesem Prozess, der bis zur Auflösung der EU führen könnte. Denn in Wissenschaft, Medien und Politik ist weiterhin jene Theorie unangefochten, deren Empfehlungen in eine Sackgasse führten. Demnach verwandle die Marktkonkurrenz mit »unsichtbarer Hand« den Eigennutz der Individuen ins allgemeine (ökonomisch) Beste. Daher müssen der Sozialstaat »verschlinkt« und die Märkte durch »Strukturreformen« dereguliert werden.

Vor fünfzig Jahren herrschte Vollbeschäftigung, die Staatsverschuldung war zwanzig Jahre lang gesunken, der soziale und europäische Zusammenhalt war stärker als heute. Warum hat sich die Lage in Europa seither schlechend verschlechtert? Welche Einsichten braucht es, damit wir die gesellschaftliche Entwicklung nicht als »Sachzwang« erleben, sondern als gestaltbar, und zwar von uns selbst? Welche Wege führen aus der Krise?

Dieses Buch gibt konkrete Antworten auf diese Fragen. Es erklärt die Abfolge von Prosperität und Krise systemisch und konkret. Dabei spielt die

Wechselwirkung zwischen Theorie und Realität eine zentrale Rolle: Ökonomische Theorien werden in Reaktion auf Entwicklungen in der Realität erdacht und durchgesetzt, sie dienen dann als »Navigationskarte« und verändern ihrerseits die Realität. So legte der englische Ökonom John Maynard Keynes durch Aufarbeitung der Weltwirtschaftskrise das Fundament der »real-kapitalistischen Spielanordnung« der Prosperitätsphase: Strikte Regulierung der Finanzmärkte lenkte die ökonomische »Kernenergie«, das Profitstreben, systematisch auf die »Turbinen der Realwirtschaft«, die Gütermärkte wurden liberalisiert, der Sozialstaat ausgebaut.

Ironischerweise bereitete dieser Erfolg den Boden für den Siegeszug des Neoliberalismus. Bei anhaltender Vollbeschäftigung gingen Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Intellektuelle in den 1960er-Jahren in die Offensive; der linke Zeitgeist, Verteilungskämpfe, steigende Inflation und ein drohender Machtverlust der Vermögenden erleichterten es den neoliberalen Ökonomen, ihre Theorie durchzusetzen. Sie bildet die ideologische Basis der »finanzkapitalistischen Spielanordnung«, in der sich das Gewinnstreben von der Real- zur Finanzwirtschaft verlagert (»Lassen wir unser Geld arbeiten«).

Noch nie in der Geschichte hat eine ökonomische Weltanschauung so lange und so umfassend dominiert wie die neoliberale Theorie. Aus ihr wurde jene »Navigationskarte« für die Politik abgeleitet, die Europa seit fast fünfzig Jahren immer tiefer in die Krise führte:

- Die »Ent-Fesselung« der Finanzmärkte verlagerte das Gewinnstreben von der Realwirtschaft (wo die ökonomischen Stärken Europas liegen) zur »Finanzalchemie«.
- Der Rückgang des Wachstums von Realinvestitionen und Produktion ließ Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung steigen.
- Sparpolitik, Lohnsenkungen, Ausweitung prekärer Beschäftigung, Lockerung des Arbeitnehmerschutzes etc. schwächten den sozialen Zusammenhalt *und* die Realwirtschaft.
- Gleichzeitig verursachte Finanzspekulation immer größere Schwankungen von Wechselkursen, Rohstoffpreisen, Aktien- und Anleihekursen und Immobilienpreisen.
- Die Schwankungen in der Bewertung der entsprechenden Vermögen lösten schwere Wirtschaftskrisen aus – von den »Ölpreisschocks« der 1970er-Jahre bis zur Finanzkrise 2008.

Jede Theorie gleicht einer Brille mit einem bestimmten Schliff. Man kann mit ihr nur wahrnehmen, worauf sie den Blick fokussiert. Verteilungskämpfe und dadurch verursachte Inflationsschübe, Finanzspekulation als Ursache von »Bullen- und Bärenmärkten«, »unfreiwillige« Arbeitslosigkeit und vom Staat »erlittene« Defizite – all das ist in der neoliberalen Theorie nicht vor-gesehen. Und so ist sie auch blind für den von ihr forcierten »Wechselschritt«: Neoliberale Maßnahmen schaffen Probleme (etwa steigende Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung durch ent-fesselte Finanzmärkte), entsprechende »Therapien« (Sparpolitik, Senkung von Löhnen und Arbeitslosengeld) vertiefen die Krise, machen weitere Maßnahmen nötig usw.

Um diesem Zirkel zu entkommen, braucht es einen neuen theoretischen Rahmen: Die ökonomische, soziale und politische Entwicklung lässt sich als Abfolge zweier kapitalistischer »Spielanordnungen« verstehen. Im Realkapitalismus dominieren die – überwiegend gemeinsamen – Interessen von Realkapital und Arbeit, Finanzkapital wird »ruhiggestellt«, bei festen Wechselkursen, Rohstoffpreisen sowie Zinssätzen unter der Wachstumsrate kann sich das Profitstreben nur in der Realwirtschaft entfalten. Im Finanzkapitalismus lenken die Anreizbedingungen, insbesondere schwankende Wechselkurse, Rohstoffpreise, Aktien- und Anleihekurse sowie Zinssätze über der Wachstumsrate, das Profitstreben auf Finanzspekulation; auch Großkonzerne der Realwirtschaft verstärken ihre Finanzinvestitionen auf Kosten von Realinvestitionen.

Die realkapitalistische »Spielanordnung« zielte ab auf eine *Integration* von Polaritäten wie Ökonomie und Politik, Markt und Staat, Konkurrenz und Kooperation, individuelles Glücksstreben und gesellschaftlicher Zusammenhalt, Unternehmerschaft und Gewerkschaften. Das finanzkapitalistische System gibt hingegen jeweils *einem* Pol den Vorrang: *Nur* die Konkurrenz der Individuen auf deregulierten Märkten ermögliche die wirtschaftlich besten Lösungen, die Koordination übernimmt ja die »unsichtbare Hand«.

Das »Navigationssystem« ermöglicht eine Positionsbestimmung im gegenwärtigen »langen Zyklus« von Prosperität und Depression, und es weist die wichtigsten Schritte auf dem Weg zu einer neuen realkapitalistischen »Spielanordnung« in Europa mit ökologischem und sozialen Schwerpunkten.

Ihren Ausgang nehmen meine Überlegungen jeweils bei einem bestimmten Problem – von der Durchsetzung der neoliberalen Theorien seit den 1960er-

Die Hauptaussagen dieses Buches und der Ertrag seiner Lektüre lassen sich in zwanzig Thesen zusammenfassen. Leserinnen und Leser werden jede von ihnen erläutern, ihre Begründung verstehen und sie (wenn sie die Thesen teilen) in Debatten verfechten können.

1. Noch nie hat ein ökonomisches Denksystem so lange und so umfassend das Denken der Eliten geprägt wie die neoklassisch-neoliberale Theorie seit den 1970er-Jahren.
2. Diese idealistische Theorie ist ein geschlossenes System, sie bietet keinen Raum für alternative Sichtweisen und Erklärungen.
3. Ihre Grundannahmen – Menschen sind nur Individuen, nur rationale, nur eigennützige, nur konkurrierende Wesen – verleugnen die Realität.
4. Innerhalb dieser Theorie erscheint »der Markt« als ein mit »unsichtbarer Hand« lenkendes Subjekt, dem sich die Menschen zu unterwerfen haben.
5. Der Neoliberalismus ist das erfolgreichste Projekt der Gegen-Aufklärung und der Selbst-Entmündigung der Politik.
6. Der Primat des Marktes ist unvereinbar mit Demokratie (»am Markt« zählen »Geldstimmen«).
7. Ethik und Moral haben in dieser Weltanschauung keinen Platz, die Frage »In welcher Gesellschaft wollen wir leben?« erübrigt sich – »der Markt« gibt die Antwort.
8. Individualistischer Eigennutz als Leitlinie des Handelns macht Menschen egozentrischer und ärmer.
9. Der negative Freiheitsbegriff als Freiheit von (staatlichem) Zwang schließt einen auch positiven Freiheitsbegriff als Entfaltungschancen aus.
10. Die »Ent-Fesselung« der Finanzmärkte hat unternehmerische Aktivitäten in der Realwirtschaft erschwert und Finanzspekulation attraktiv gemacht.
11. Der Neoliberalismus ist die Ideologie im Interesse des Finanzkapitals (der »Rentiers«), nicht des Realkapitals (der Unternehmer).

Jahren bis zum Anstieg der Finanzinstabilität, der Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung sowie der Staatsverschuldung –, das ich mit den Erklärungen und Therapien der herrschenden Theorie konfrontiere. Dabei werden immer wieder die enormen Widersprüche zwischen Theorie und Empirie sichtbar.

Ich zeichne nach, wie das Lernen aus der Weltwirtschaftskrise die Grundlagen für den nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung legte, bis sich das

12. Die neoliberalen »Therapien« verschlimmern die »Krankheiten« Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, Staatsverschuldung, soziale Unsicherheit und Armut.
13. Die »Spielanordnung« ist Hauptursache der Krise Europas, nicht der Euro. Er war und ist das Richtige im Falschen.
14. Der Neoliberalismus zerstört zwei der drei Grundwerte »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« und damit das »Europäische Sozialmodell« – für die Freiheit der wenigen.
15. Die neoliberalen Leitlinien und ihre Übernahme durch die EU haben die Menschen in Europa in viel höherem Maß ihren Traditionen entfremdet als in den USA.
16. Das neoliberale Gesellschaftsmodell ist ein »falsches Ganzes«, das nur »im Ganzen« überwunden werden kann.
17. Dafür braucht es eine neue »Navigationskarte«, welche den Weg in die Krise erklärt und (damit) Wege aus der Krise weist.
18. Grundlage der »Navigationskarte« sind Theorien, welche die »Polaritäten« des Menschen als individuelles und soziales, als rationales und emotionales, als eigennütziges und anteilnehmendes sowie als konkurrierendes und kooperierendes Wesen berücksichtigen.
19. Wird das Gewinnstreben von der »Finanzalchemie« wieder auf die Realwirtschaft gelenkt und nimmt die Politik die Bewältigung der bedrückendsten Probleme in Angriff, kann Europa innerhalb eines Jahrzehntes echte Vollbeschäftigung (ohne prekäre Jobs) erreichen.
20. Dies mildert die Ungleichheit, stärkt den sozialen und europäischen Zusammenhalt und wird von den meisten Bürgerinnen und Bürgern Europas gewünscht – was fehlt, ist Aufklärung und Mut.

neoliberale Weltbild (wieder) durchsetzte und schließlich »der Markt« sogar zu einem Subjekt wurde, dem sich der Mensch zu unterwerfen habe (»*there is no alternative*«).

Dann skizziere ich den neuen theoretischen Rahmen, der nötig ist, um die Abfolge von Prosperität und Depression, die Auswirkungen der Finanzspekulation auf die Realwirtschaft und die gemeinsame Ursache von Arbeits-

losigkeit und Staatsverschuldung – den Wechsel von einer real- zu einer finanzkapitalistischen »Spielanordnung« – zu verstehen.

Am Beispiel der Entwicklung in Südeuropa nach der Finanzkrise 2008 und der wirtschaftspolitischen Strategien in den USA und Deutschland seit Anfang der 1990er-Jahre zeige ich die unterschiedliche Erklärungskraft der neoliberalen Theorie und meines Alternativansatzes. Ein fataler Widerspruch kennzeichnet die Europäische Währungsunion: Inhaltlich ist sie ein anti-neoliberales Projekt (endgültige Überwindung von Devisenspekulation). Ihr Regelwerk aber ist durch und durch neoliberal, von der Dominanz der Geldwertstabilität bis zu den Fiskalregeln. Der Euro ist das Richtige im Falschen der »Spielanordnung«, Letztere ist daher »abzuwickeln«, nicht der Euro.

Neoliberalismus und Finanzkapitalismus haben Europa in eine Identitätskrise geführt. Sie sind unvereinbar mit den Grundwerten »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«, mit der Bedeutung gemeinschaftlicher Institutionen wie Verbänden oder Sozialstaat und mit der ökonomischen Stärke Europas, die in der Realwirtschaft liegt. Neoliberale »Grundwerte« wie Eigennutz und Konkurrenz hingegen bestimmen unser Verhalten im Alltag, entfremden uns von uns selbst und von unseren Mitmenschen: Die Sehnsucht nach »Ganzheit« auf individueller und sozialer Ebene ist blockiert, wenn das *Bedürfnis* der Menschen nach Anteilnahme und Solidarität unterdrückt wird.

Anschließend erkläre ich, wie die Grundzüge einer »menschengerechten« Wirtschaftstheorie aussehen müssten. Auf Basis einer konkreten Erklärung der drückendsten Probleme – von Arbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung und Armut bis zum Klimawandel – skizziere ich Maßnahmen, deren Umsetzung Europa zu neuer Prosperität, besserer Umwelt und mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft verhelfen kann. Dazu gehören die thermische Sanierung des gesamten Gebäudebestandes in der EU, der Ausbau des Netzes für Hochgeschwindigkeitszüge, die Vorgabe eines Preispfades für fossile Energieträger als Anreiz für Investitionen in die Energieeffizienz (die Differenz zum Weltmarktpreis wird durch eine Steuer abgeschöpft), die Ersetzung des Fließhandels an den Börsen durch elektronische Auktionen, die Stärkung des Sozialstaates und nicht zuletzt die Überwindung der Abhängigkeit der EU von US-Konzernen in der Informationstechnologie (Betriebssysteme, Suchmaschinen, Standardsoftware, Online-Plattformen, insbesondere für soziale Medien). Binnen eines Jahrzehntes könnte ein Wirtschaftswachstum, das die Umwelt verbessert und den sozialen Zusammenhalt stärkt, echte Vollbeschäftigung

sowie die Erneuerung des Europäischen Sozialmodells bewirken und so wieder ein Gefühl von »europäischer Identität« nähren.

Nicht-Ökonomen scheuen die Auseinandersetzung mit den Experten aus Respekt vor deren mathematischen Modellen oder wegen der rätselhaften »Kürzel« der Finanzprofis (CDS, CDO, ABS, CFD, CTA etc.). Doch um zu verstehen, wie ökonomische Theorien die gesellschaftliche Entwicklung prägen, bestimmte Interessen (etwa durch Liberalisierung der Finanzmärkte) begünstigen, eine bestimmte Wirtschaftspolitik (etwa die Schwächung des Sozialstaates) legitimieren und unser alltägliches Verhalten (etwa durch den Vorrang für »Jeder ist seines Glückes Schmied«) ändern, muss man die unterschiedlichen »Theorieschulen« verstehen. Dazu übersetze ich Annahmen und Empfehlungen der herrschenden Theorie in die »gewöhnliche Sprache«, und das ist gar nicht schwer.

Zunächst erläutere ich das universelle Wahrnehmungsraster der Mainstream-Ökonomen, das Marktdiagramm mit Angebotskurve, Nachfragekurve und deren Schnittpunkt, dem Gleichgewicht, und illustriere dies am Beispiel der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Finanzkrise 2008. An diesen Beispielen verdeutliche ich die Sichtweise der Mainstream-Ökonomen und skizziere einen alternativen Erklärungsansatz.

Die meisten Teile dieses Buches stellen für Mainstream-Ökonomen eine emotionelle und in der Folge auch intellektuelle Herausforderung dar. Denn das Schwierigste am Lernen ist das Ver-Lernen, besonders des »gesicherten Wissens« und der »wahren Modelle«. Voraussetzung dafür ist der Zweifel, und dem geben die vielen Grafiken Nahrung. Ob die Abwehrmechanismen stärker sind oder der Mut wächst, aus dem eigenen Denksystem – wenigstens »probeweise« – auszusteigen und es »von außen« zu betrachten, muss jeder selbst entscheiden. Doch nur wenn es gelingt, das aufklärende, teilnehmende und problemorientierte Denken zu fördern, wird es möglich sein, den Weg zur Prosperität zu finden und zu gehen.

14. DER EURO: DAS RICHTIGE IM FALSCHEN

Nichts eint die rechten Parteien aller EU-Länder mehr als die Ablehnung der Währungsunion – von der »Front National« in Frankreich, der FPÖ in Österreich bis zur »Alternative für Deutschland«: der Euro trage die Hauptschuld an der Krise Europas, er bedrohe die Existenz der kleinen Leute und des Mittelstandes; die südeuropäischen Länder hätte man nicht in die Währungsunion aufnehmen dürfen, nun müssten »wir« die Zeche zahlen, und bei Nullzinsen verzehre die Inflation auch noch das Ersparnis.

Die Rechten verknüpfen zutreffende Beobachtungen wie die Deklassierung von immer mehr Menschen, die steigende Ungleichheit, den Abbau von Sozialleistungen so, dass der Euro als der Schuldige erscheint. Sie nutzen die Krise zu ihrer Profilierung als EU-feindliche und nationalistische Parteien der »kleinen Leute«.

Auch bei der Linken steht der Euro keineswegs hoch im Kurs: Als Reaktion auf die Austeritätspolitik in Südeuropa fordern Ökonomen, Soziologen und Politiker wie Heiner Flassbeck, Wolfgang Streeck oder Oskar Lafontaine ein Ende der Währungsunion.³⁶ Sie sei ein Instrument zur Durchsetzung der neoliberalen Umgestaltung Europas unter deutscher Führung. Nur die »Abwicklung« des Euro könne den »Vormarsch des neoliberal-supranationalen Leviathan« (Streeck) stoppen. »Neoliberales Wohlverhalten« werde durch eine doppelte Abhängigkeit der Euroländer erzwungen: einerseits von der Kreditbereitschaft der Finanzmärkte, andererseits – wenn diese erlischt – von den Vorgaben des *European Stability Mechanism* (ESM) oder der EZB, die nach Gutdünken diktieren könnten, welchen Bedingungen sich ein Land unterwerfen muss, um in der Währungsunion zu bleiben. Selbst wenn die Mehrheit der Bevölkerung eine weitere Sparpolitik ablehnt, werde ihr der Gürtel enger geschnallt – frei nach Brecht: »Das Volk hat sich das Vertrauen der EU verscherzt und kann es nur durch verdoppelte Sparanstrengung zurückgewinnen.«

In ihrer Ablehnung des Euro gehen Rechtspopulisten und linke Intellektuelle von den gleichen Fakten aus. Sie verknüpfen diese allerdings zu unterschiedlichen Argumentationsketten, motiviert durch noch unterschiedlichere Motive – und kommen doch zum gleichen Ergebnis.

Das stimmt nachdenklich: Sollte man nicht zwischen der Währungsunion »an sich« und ihrem Regelwerk unterscheiden? Könnte man nicht die integrierende Kraft einer gemeinsamen Währung bewahren und gleichzeitig ihr des-integrierendes Regelwerk verändern? Warum glauben – ausgerechnet – Linke, man müsse das Nationale stärken, um Sozialstaat und Demokratie zu retten? Wo liegen die Wurzeln ihres Geschichtspessimismus?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, müssen wir die Geschichte des Europrojektes rekonstruieren.

Feste Wechselkurse als »Vorläufer« einer Währungsunion: 1949 bis 1971

Die innereuropäischen Beziehungen entwickelten sich in der Prosperitätsphase bei festen Wechselkursen stabil. Die 1950 geschaffene »Europäische Zahlungsunion« (EZU) organisierte den Zahlungsverkehr zwischen den (west-)europäischen Ländern.³⁷ Kursanpassungen waren nur selten nötig, auch die Währungen Südeuropas blieben stabil.³⁸ Gleichzeitig haben Griechenland, Portugal, Spanien und – in geringerem Ausmaß – Italien zwanzig Jahre lang ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum erzielt (Abbildung 12.1).

Es stimmt also nicht (wie Streeck behauptet), dass die Mittelmeerländer auf Abwertungen angewiesen waren (und noch immer seien). In einer realkapitalistischen »Spielanordnung« sind die Triebkräfte des ökonomischen Aufholens (»*catching-up*«) viel stärker als die Vorteile von Abwertungen der »rückständigen« Länder (außerdem wächst der gesamte »Kuchen« – das BIP Europas – schneller und stabiler). Daher stellt eine Währungsunion per se keine »Zwangsvereinheitlichung der Wirtschafts- und Lebensweisen der europäischen Völker« dar.³⁹ Das Beispiel Südeuropas zeigt vielmehr: Feste Wechselkurse halten die Inflation in Grenzen. Erst nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems samt Ölpreisschock beschleunigte sich die Inflation massiv als Folge einer Rückkoppelung von Abwertungen und Lohn-Preis-Spirale.

Der langfristige Konvergenzprozess (West-)Europas erfolgte trotz unterschiedlicher »Wirtschaftskulturen« und trotz – vielmehr wegen – fester Wechselkurse, denn diese waren eingebettet in die *gemeinsame* »Spielanordnung« samt *gemeinsamen* Zielen wie Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Die entsprechende »Navigationskarte« koordinierte das Verhalten von Unternehmern und Politikern.

Der anhaltende Erfolg der Kombination von Realkapitalismus mit Sozialstaatlichkeit stärkte die Zustimmung der Menschen zum »Europäischen Sozialmodell«. Daher war der europäische Zusammenhalt stärker als heute. Eine gemeinsame Weltanschauung und »Navigationskarte« sind wichtiger als gemeinsame Institutionen.

Vom Währungschaos zum Beschluss der Währungsunion: 1971 bis 1992

Die lange Phase zwischen der Aufgabe fester Wechselkurse und der Gründung der Währungsunion wurde durch folgenden Widerspruch geprägt: Einerseits strebte die Politik nach einer Erweiterung und Vertiefung der europäischen Integration, andererseits schränkten »Marktreligiosität« und Finanzkapitalismus ihren Handlungsspielraum ein. So wurde die Gemeinschaft um Großbritannien, Irland und Dänemark (1973), Griechenland (1981), Spanien und Portugal (1986) sowie Österreich, Schweden und Finnland (1995) erweitert und durch die »Einheitliche Europäische Akte« (1987) gefestigt. Gleichzeitig ließen Dollarkursschwankungen, Ölpreisschocks, das positive Zins-Wachstums-Differential und die Attraktivität von Finanzspekulation Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung steigen.

1979 wurde das »Europäische Währungssystem« (EWS) geschaffen. Als Recheneinheit diente der ECU (»*European Currency Unit*«), bestehend aus einem Korb der EWS-Währungen. Für jede wurde ein Leitkurs zum ECU und eine Schwankungsbreite von $\pm 2,25$ Prozent festgelegt. Doch bald setzte massive Spekulation gegen Franc, Lira, Peseta und Drachme ein, ihre Leitkurse mussten wiederholt gesenkt werden. Wirtschaftlich konnten diese Länder von den Abwertungen nicht profitieren, ihre Inflation stieg dadurch stärker als ihr Wirtschaftswachstum.

Ab Ende 1986 gelang es der Politik, die EWS-Kurse fast sechs Jahre lang stabil zu halten. Dies förderte die Integration Europas, gleichzeitig sank die Inflation ebenso wie ihr unterschiedliches Tempo in den (früheren) Hart- und Weichwährungsländern. 1989 entwarf der damalige Präsident der Europäischen Kommission Jacques Delors einen Dreistufenplan für den Weg zu einer Währungsunion. 1991 traten auch Großbritannien, Spanien und Portugal dem EWS bei.

Der Zusammenbruch des »realen Sozialismus« in Osteuropa öffnete 1989 die große Chance auf die Wiedervereinigung Deutschlands, und diese wollte Kanzler Helmut Kohl mit allem Nachdruck nützen. Als »Gegenleistung« forderte der französische Staatspräsident Mitterrand die Umsetzung des »Delors-Planes«. Dadurch würde Deutschland seine Rolle als De-facto-Leitwährungsland der EU verlieren.

Die europäische Währungsunion war – ebenso wie die deutsche Wiedervereinigung – Ergebnis des *Gestaltungswillens der Politik*: Devisenspekulation und Wechselkursinstabilität sollten durch »Marktschließung« unwiderruflich überwunden werden. Inhaltlich war und ist der Euro das bedeutendste *anti-neoliberale* Projekt der EU, neoliberale *master minds* wie Milton Friedman oder Martin Feldstein haben es daher verdammt.

Die Ausgestaltung des institutionellen Rahmens der Währungsunion überließ die Politik (leider) den Mainstream-Ökonomen: Mit der Regelbindung der Fiskalpolitik wurde eine Hauptforderung der »Schule von Chicago« im Vertrag von Maastricht 1992 verankert und im Vertrag von Amsterdam 1997 »verewigt«. Gleichzeitig wurde die Geldpolitik zum Vorrang der Geldwertstabilität vor allen anderen Zielen verpflichtet.

Die Einbindung eines antineoliberalen Projektes (»der Euro an sich«) in ein neoliberales Regelwerk schuf einen systemischen Konflikt- und Krisenherd. Wird lediglich *ein* Sektor, der Staat, an Defizitregeln gebunden, können die anderen Sektoren bewirken, dass dieser sein Budgetziel verfehlt und daher sparen und den Sozialstaat abbauen muss. Denn die Entwicklung der Finanzierungssalden ist das Ergebnis der Interaktion *aller* Sektoren. So kann eine Notenbank das Zinsniveau derart erhöhen, dass der Staat ein »regelwidriges« Defizit *erleidet*, weil die Unternehmer die Investitionen einschränken und die Wirtschaft in eine Rezession schlittert.⁴⁰

Überdies fördert eine einseitige Regelbindung den »Neo-Merkantilismus« (den Versuch, die eigene Wirtschaft auf Kosten anderer Länder zu fördern): Unter finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen erzielen nicht nur die Haushalte, sondern auch die Unternehmen Überschüsse, daher kann der Staat nur dann eine »schwarze Null« erreichen, wenn das Ausland ein ausreichend hohes Defizit akzeptiert – das eigene Land also einen ebenso hohen Leistungsbilanzüberschuss erzielt.⁴¹

Zusammenbruch des EWS 1992/93: »Markt« gegen Politik

Der Konflikt zwischen dem Primat der Politik und dem Primat der (Finanz-) Märkte eskalierte nach Beschluss der Währungsunion im Februar 1992. Der nachfolgende Zusammenbruch des EWS ist ein Lehrstück über politische Ökonomie.

Es begann mit einer asynchronen Konjunktur: 1990 verschlechterte sich die Wirtschaftslage in den USA, Großbritannien und Skandinavien, 1991 schlitterten diese Länder in eine Rezession. Gleichzeitig boomte die deutsche Wirtschaft infolge der Wiedervereinigung. Am schwierigsten war die Lage in Großbritannien. In den USA sanken die Zinsen, und der Dollar verlor an Wert, beides vertiefte die britische Rezession. Zusätzlich stiegen die Spannungen innerhalb des EWS wegen der Ablehnung des Maastricht-Vertrages in Dänemark (Juni 1992) und zunehmender Spekulation gegen die italienische Lira.

In dieser Situation wurde von der Bundesbank ein »gesamteuropäisches Signal« in Gestalt einer D-Mark-Zinssenkung erwartet.⁴² Stattdessen *erhöhte* die Bundesbank den Leitzins am 17. Juli 1992 auf 8,75 Prozent – auf das höchste Niveau der Nachkriegszeit. Diese »national-ökonomische« Politik ignorierte die Interessen der Partnerländer, die ihre Zinsen nicht unter das deutsche Niveau senken konnten, ohne ihre EWS-Wechselkurse zu gefährden. (Ein ähnlich falsches Signal setzte die EZB, als sie im Juli 2008 – am Beginn der Finanzkrise – den Leitzins erhöhte.)

Also bekundete George Soros in der *Times* seine »Sorge« um die britische Währung, nahm Pfundkredite in Milliardenhöhe auf und »investierte« sie in D-Mark. Da die Bundesbank den Kurs von Pfund und Lira nicht mehr stützte, mussten beide Währungen im September 1992 das EWS verlassen (und Soros machte 1 Milliarde Pfund Gewinn).⁴³

Der Zusammenbruch des EWS 1992/93 und die Eurokrise seit 2010 weisen Ähnlichkeiten auf. In beiden Fällen gerieten Länder ins Visier der Finanzspekulation, Großbritannien wegen einer Rezession bei gleichzeitig boomender Wirtschaft in Deutschland, Südeuropa wegen hoher Leistungsbilanzdefizite. Gegen Großbritannien wurde 1992 auf eine Pfund-Abwertung spekuliert, gegen die Länder Südeuropas 2010 auf steigende Zinsen und den Staatsbankrott. In beiden Fällen verweigerten die Notenbanken den Krisenländern ihre Unterstützung, die Bundesbank ließ Großbritannien und Italien

»hängen«, die EZB Südeuropa (später nur mehr Griechenland). Und so wurden die Spekulationen zu einem Erfolg.⁴⁴

Der Weg zur Währungsunion und die ersten zehn Eurojahre: 1993 bis 2008

Nachdem auch die deutsche Wirtschaft 1993 in eine Rezession geraten war, verschlechterte sich die Lage der Staatsfinanzen. Gleichzeitig forderten die Maastricht-Kriterien fiskalische Disziplin. Also wechselte Deutschland zu einer Austeritätspolitik, die mit der »Agenda 2010« ihren »krönenden« Abschluss finden sollte.

Das »Gürtel-enger-Schnallen« erfasste alle Bereiche, von der Reduzierung der öffentlichen Investitionen bis zur Kürzung von Reallöhnen, Arbeitslosengeld, Renten und sonstigen Sozialleistungen (Abbildungen 13.2 bis 13.5). Komplettiert wurde der neoliberale Kurs durch Lockerung des Arbeitnehmerschutzes, des Flächentarifvertrages sowie durch eine Senkung der Spitzensteuersätze und der Unternehmenssteuern. Mit diesen Reformen übernahm die deutsche Politik den neoliberalen Mainstream.⁴⁵

In der Folge wurde Deutschland zum »kranken Mann« Europas (2005 waren mehr als 5 Millionen Menschen arbeitslos), gleichzeitig verbesserte sich seine preisliche und technologische Wettbewerbsfähigkeit. Die südeuropäischen Länder erreichten dank sinkender Zinsen, einer mäßig expansiven Wirtschaftspolitik und boomender Binnennachfrage zwischen 1995 und 2008 das höchste Wirtschaftswachstum in der EU.

Insgesamt hat sich die Wirtschaft im Euroraum in den ersten zehn Jahren seiner Existenz gut entwickelt: Investitionen, Exporte und BIP wuchsen kräftig (Abbildung 14.1), die Arbeitslosigkeit sank, ebenso die Staatsschuldenquote. Dabei expandierten die weniger entwickelten Volkswirtschaften in Südeuropa stärker als jene im »Norden«, und das führte zu dem oben beschriebenen Ungleichgewicht, das den Boden für die Eurokrise bereitete.

Die Währungsunion seit der Finanzkrise 2008

Auslöser der Eurokrise war die Finanzkrise 2008: Mit der Entwertung von Aktien, Immobilien und Rohstoffen schmolzen die Vermögenswerte der Ban-

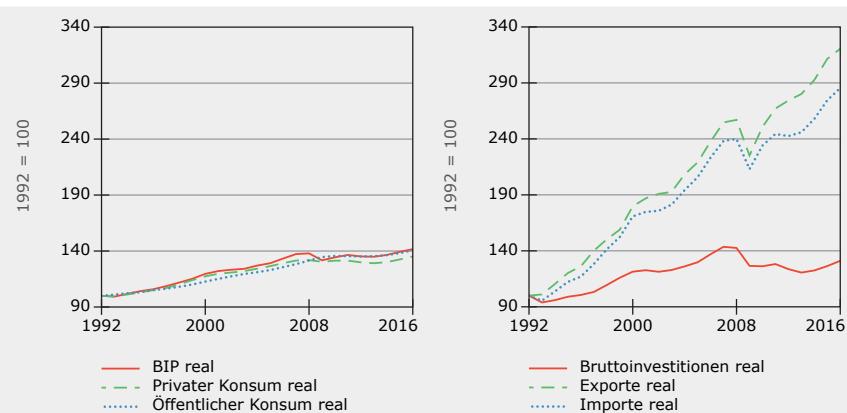


Abbildung 14.1: Gesamtnachfrage und ihre Komponenten im Euroraum

Zwischen 2008 und 2016 hat die Wirtschaft im Euroraum nahezu stagniert. Dafür war die Schwäche der Binnennachfrage maßgeblich, insbesondere der Investitionen, aber auch des privaten und öffentlichen Konsums. An unzureichender Wettbewerbsfähigkeit lag es nicht: Die Exporte boomten und wuchsen merklich stärker als die Importe.

ken und damit ihr Eigenkapital dahin. In einer solchen Situation muss die Notenbank als »*lender of last resort*« handeln: Durch Ankündigung unbeschränkter Kreditvergabe an Geschäftsbanken kann sie einen Ansturm der Einleger auf Banken im Keim ersticken.⁴⁶

Anders als nach dem Börsenkrach 1929 war die Politik 2008 bereit, die (großen) Finanzinstitutionen *im eigenen Land* zu retten wie den Versicherungskonzern AIG in den USA oder die »Hypo Real Estate« in Deutschland: In den USA und Großbritannien holte sich der Staat das nötige Geld bei seiner nationalen Notenbank, in den »Nordländern«, insbesondere in Deutschland, profitierte er von der »Flucht in Sicherheit« und finanzierte sich am Anleihemarkt zu Niedrigzinsen.

Den Ländern Südeuropas war beides nicht möglich – und *erst an dieser Stelle* kommt der Euro als »Krisenverstärker« ins Spiel: Sie konnten sich weder bei der eigenen Notenbank finanzieren (die gibt keine Euros aus) noch auf »den Märkten« (denn Spekulation auf den Staatsbankrott trieb die Zinsen für Staatsanleihen in unfinanzierbare Höhen).⁴⁷ Die von den Banken Südeuropas gehaltenen Anleihen »ihrer« Staaten verloren an Wert, also schrumpfte ihr Eigenkapital, sie brauchten mehr Staatshilfe, das wiederum erhöhte die Staatsschulden, die Anleihekurse sanken und damit wiederum das Eigenkapital der

Banken.⁴⁸ Gleichzeitig belohnten »die Märkte« den deutschen Staat mit Zinsgewinnen, die sich bis 2015 auf mehr als 100 Mrd. Euro summierten.⁴⁹ Das Signal war klar: Wer rechtzeitig den Sozialstaat »verschlankt«, wird zur »Zufluchtsstätte« des Finanzkapitals, und das zahlt sich aus.

Von Anbeginn wurde der Euro mit der Sparpolitik verknüpft: Die »No-Bailout-Klausel« wurde in den Verträgen von Maastricht, Amsterdam und Lissabon gleich dreifach verankert (Mitgliedsländer dürfen einander in Sachen Staatsfinanzen nicht helfen). Die wichtigere Verankerung eines »*lenders of last resort*« hatte man aber vergessen – sein Fehlen bedroht jedes Währungssystem in seiner Existenz.⁵⁰ Genau dies trat 2012 ein, als Spanien und Italien von der »Zinsepidemie« erfasst wurden. Erst als sie selbst bedroht war, agierte die EZB de facto als »*lender of last resort*«: Mit seiner Ankündigung, den Euro mit allen Mitteln zu verteidigen (»*whatever it takes*«), machte Draghi den Wetten auf den Staatsbankrott ein Ende, und mit der radikalen Lockerung der Geldpolitik kamen auch die Länder Südeuropas (mit Ausnahme Griechenlands) in den Genuss von billigem Kredit.

Die systemischen Ursachen der Eurokrise liegen in der Kombination folgender Faktoren:⁵¹

- In den ersten zehn Jahren der Währungsunion hatte sich die Wirtschaft im »Süden« viel besser entwickelt als im »Norden«.
- Die Wachstumsdifferenz ließ die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen steigen, die Defizite des »Südens« wurden durch Kreditvergabe des »Nordens« finanziert.
- In der Finanzkrise 2008 kollabierte die private Kreditvergabe. In den nationalen Währungssystemen wurde dies durch die Notenbanken ausgeglichen.
- Bei transnationalen Kreditströmen geht das nicht, brechen diese ein, ist eine Finanzkrise unvermeidlich wie in Lateinamerika 1982, in Ostasien und Russland 1997 oder in Südeuropa 2010.
- Die Europäische Währungsunion weist einen fundamentalen Konstruktionsdefekt auf: Wer die Rolle eines »*lender of last resort*« übernimmt, ist nicht geregelt.
- Dieser Defekt ermöglichte den »Finanzalchemisten« die Spekulation auf den Staatsbankrott – sie ersetzen Wechselkurspekulation durch Zinsspekulation.

Als Folge der Finanzkrise »erlitten« alle Eurostaaten einen massiven Anstieg ihrer Defizite (Abbildung 14.2). Doch bald wurde die Krise in eine Staatsschuldenkrise umgedeutet: Weder die Finanzmärkte noch der Euro seien schuld an der europäischen Misere, sondern der Sozialstaat. Diese falsche These verkehrten die linken »Eurofighter« in die »halb-falsche« Gegenthese: Nicht der Sozialstaat sei schuld an der Krise (richtig), sondern der Euro (falsch).

Ursache der Eurokrise: Die »Spielanordnung«, nicht die Gemeinschaftswährung

Das Fundament der Eurokrise ist *nicht* die Währungsunion »an sich«, sondern ihr neoliberal-finanzkapitalistisches »Design«. *Deshalb* wurde die Erfahrung früherer Finanzkrisen verdrängt, *deshalb* wurden »Sicherungen« wie ein »lender of last resort« nicht installiert, *deshalb* wurde die Politik an Regeln gebunden und die Spekulation gegen Eurostaaten toleriert.

Sowohl die *politischen* Ziele der Währungsunion (»Riesenschritt« auf dem Weg zum gemeinsamen Europa) als auch ihre ökonomischen Ziele (Überwindung von Währungsspekulation in Europa) stehen in diametralem Gegensatz zur »Spielanordnung«, in die das Projekt »hineingeboren« wurde. Dieser Konflikt manifestierte sich in der Ablehnung der Gemeinschaftswährung durch die Mainstream-Ökonomen, in der »Sabotage« durch die Bundesbank 1992, in der Spekulation auf den Bankrott von Eurostaaten und in der Forderung der Neoliberalen nach einem »unpolitischen Euro«. ⁵²

In der Prosperitätsphase gab es einen breiten Konsens, dass die Soziale Marktwirtschaft als Verbindung von individuellen Entfaltungsmöglichkeiten mit sozialem Zusammenhalt das Fundament eines künftig vereinten Europas bildet. Bis in die 1990er-Jahre hielten Christ- und Sozialdemokraten – Politiker wie Kohl, Mitterrand oder Delors – daran fest, dass ein gemeinsames Europa ein soziales Europa sein muss. Doch unter finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen wurde der Sozialstaat immer schwerer finanzierbar. Dem Diktum »Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten« hatten die Politiker wenig entgegenzusetzen, zumal sie nicht begriffen, dass die »Sachzwang-Experten« mit ihren Empfehlungen selbst die »Sachzwänge« produziert hatten.

In der Folge wurden der Euro an sich, sein Regelwerk, die Leitlinien neoliberaler Politik und ihre Umsetzung durch Sparpolitik und »Strukturrefor-

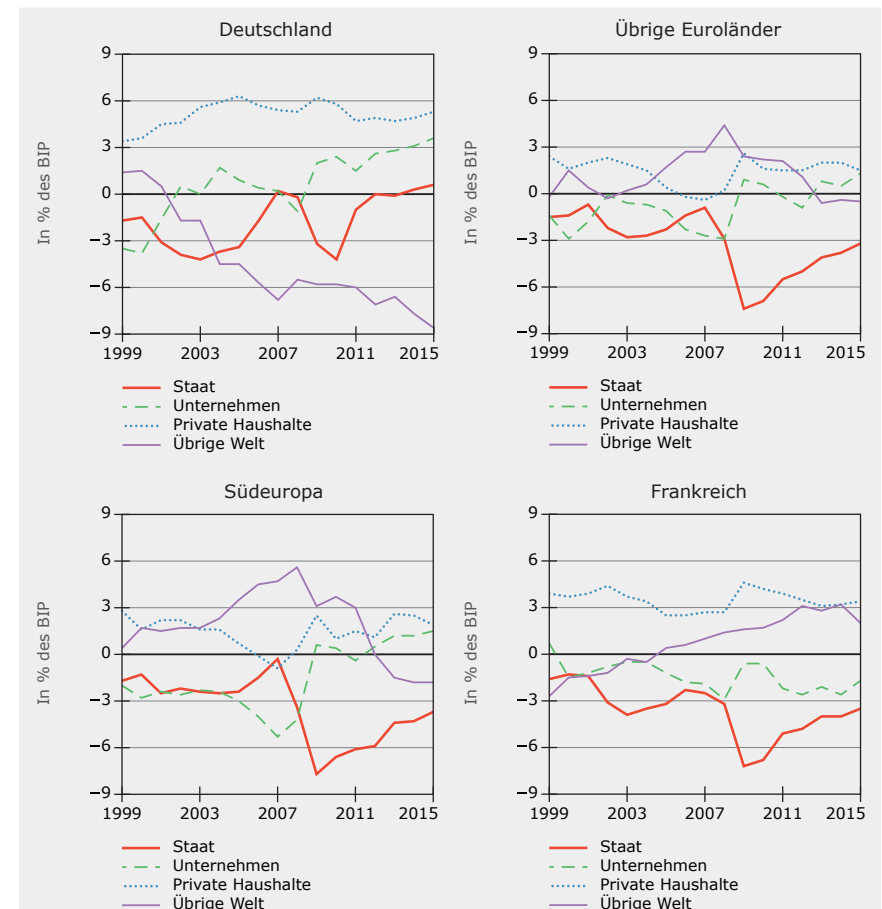


Abbildung 14.2: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungssalden

Schon seit 2002 nimmt der Unternehmenssektor in Deutschland netto keine Kredite mehr auf, sondern akkumuliert Finanzkapital (er erzielt Finanzierungsüberschüsse). In den übrigen Euroländern ließ hingegen die expandierende Binnennachfrage das Defizit der Unternehmen steigen, insbesondere in Südeuropa. Diese unterschiedliche Entwicklung erhöhte die Ungleichgewichte in der Außenwirtschaft: Deutschland erzielte wachsende Überschüsse, die übrigen Euroländer steigende Defizite. Nach Ausbruch der Finanzkrise 2008 reduzierten die Unternehmen auch in den übrigen Euroländern ihre Kreditnachfrage, sie erzielten seither Überschüsse. Da auch die privaten Haushalte ihre Überschüsse erhöhten, erlitten die Staaten einen drastischen Anstieg ihrer Defizite. Die nachfolgende Sparpolitik dämpfte die Binnennachfrage und (damit) die Importe so stark, dass der gesamte Euroraum historisch einmalig hohe Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaftete. Das einzige große Euroland, in dem der Unternehmenssektor weiterhin netto Kredite aufnimmt, ist Frankreich.

men« zu einem Ganzen verschweißt. Nachdem auch die sozialdemokratischen Eliten mit dem Blair-Schröder-Kurs das neoliberale Glaubenssystem übernommen hatten, gingen die Christdemokraten den nächsten Schritt und forderten die »marktkonforme Demokratie«. Mit der Abkehr von ihren Grundwerten verloren beide Traditionsparteien Identität und Orientierung.

Da die Austeritätspolitik (auch) im Namen der Gemeinschaftswährung durchgesetzt wurde, sahen immer mehr Menschen im Euro *an sich* die Hauptursache der Misere. Die »Verschweißung« von Euro und Neoliberalismus wurde zum Bumerang für die Eliten – die Ablehnung gegen beides wuchs, die Rechtspopulisten fanden Gehör mit ihren Thesen: nur im Nationalen habe das Soziale eine Heimat, »die« EU zerstöre mit ihrer Politik beides, nicht zuletzt, weil auch die Südeuropäer Mitglieder der Währungsunion geworden sind. Mit dem »Griechen-Bashing« spielten die Traditionsparteien zwar auf dem gleichen »Gefühlsklavier«, doch die »Verschweißung« von Währungsunion und Neoliberalismus konnten sie nicht infrage stellen.

Die Linken mussten mit ohnmächtiger Wut zusehen, wie der Euro in Südeuropa als Hebel eingesetzt wurde, um jeden Widerstand gegen die neoliberale Politik zu brechen. Daher müsse man den Euro »abwickeln«. ⁵³ Gelingen dies nicht auf geordnete Weise, werde die Gemeinschaftswährung bald zusammenbrechen. ⁵⁴ Für Streeck ist die Eurokrise sogar ein Vorzeichen für das Ende »des« Kapitalismus. ⁵⁵

Die Mehrzahl der linken Intellektuellen ist sich in der Kritik an den Konstruktionsfehlern des Euro und an der neo-merkantilistischen Austeritätspolitik Deutschlands einig mit den »Eurofightern«, lehnen jedoch ein Ausscheiden einzelner Länder aus der Währungsunion oder gar ihre »Abwicklung« ab. Sie erkennen, dass sich das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen lässt. ⁵⁶

Rückwärts geht es nicht

Eine Auflösung der Währungsunion würde Europa in einen Wirtschaftskrieg führen: Nach fast vierzig Jahren Finanzalchemie beträgt die Bilanzsumme der Banken in den größeren Euroländern das Drei- bis Fünffache des BIP. Dazu kommen Aktien und Anleihen, welche von Hedgefonds, Pensionsfonds, Unternehmen und Privaten direkt gehalten werden. Der größte Teil dieses Kartenhauses notiert in Euro, überwiegend handelt es sich um Forderungen bzw. Verbindlichkeiten zwischen Euroländern. ⁵⁷

Würde die Währungsunion aufgelöst, müsste jede einzelne »Karte« (Finanztitel) vom Euro auf eine der 19 neuen/alten nationalen Währungen »umgewertet« werden. Dabei ergäben sich 342 bilaterale Gläubiger- und Schuldnerbeziehungen mit jeweils unterschiedlichen Typen von Finanztiteln (von Bankeinlagen bis zu Derivaten). Eine geordnete Abwicklung des Euro ist deshalb nicht möglich. Wie in der Natur, so gibt es auch in der Gesellschaft irreversible Prozesse: Man kann 19 Flüssigkeiten in einen Krug gießen, trennen kann man sie nicht mehr – höchstens das Ganze verschütten.

Betrachten wir lediglich einen Finanztitel (Staatsanleihen) und lediglich zwei Länder, Deutschland und Frankreich. Nehmen wir an, der neue Franc würde gegenüber dem alten Euro um 20 Prozent abwerten (1 FF = 0,8 Euro), die D-Mark um 20 Prozent aufwerten (1 D-Mark = 1,2 Euro). Die Umwertung einer französischen Staatsanleihe auf D-Mark würde die Schuldenlast in jener Währung, in welcher der französische Staat künftig seine Einnahmen erzielt, um 50 Prozent erhöhen (1 D-Mark = 1,5 FF) – für Frankreich inakzeptabel. Eine Umwertung in Franc würde für deutsche Besitzer der Anleihe einen Wertverlust (in D-Mark) von 33 Prozent bringen (1 FF = 0,67 D-Mark) – für Deutschland inakzeptabel. ⁵⁸

Zudem würde ein Scheitern des Euro enorme »Wutenergien« freisetzen, die sich vor allem gegen Deutschland richten würden. ⁵⁹ Denn in den Krisenländern hat die von der »deutschen EU« diktierte Sparpolitik ein Desaster angerichtet. Voll entladen kann sich die so angestaute Wut (noch) nicht, weil man in der Währungsunion verbleiben möchte und daher vom Wohllollen Deutschlands abhängig ist.

Das würde sich radikal ändern, wenn die Währungsunion aufgelöst würde und alle Sparanstrengungen sich als vergeblich erwiesen. In ihrer Verbitterung würden die Krisenländer ein Moratorium ihrer Auslandsschulden erklären. ⁶⁰ Um ihre Wirtschaft anzukurbeln und auch als »Revanche« gegenüber Deutschland würden sie ihre Konkurrenzfähigkeit durch Abwertungen zu verbessern suchen, selbst Abwertungswettläufe wären dann nicht ausgeschlossen, Finanzchaos und Wirtschaftskrieg würden die Nationalgefühle stärken – die Kettenreaktionen wären unkontrollierbar. ⁶¹ Eine solche Entwicklung würde der Theorie des »langen Zyklus« als Abfolge real- und finanzkapitalistischer »Spielplanordnungen« entsprechen (Kapitel 8).

Vorwärts geht es auch nicht

Um die Zentrifugalkräfte innerhalb der EU zu bekämpfen, wurde eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen:⁶² von der Schaffung eines »Euro-Finanzministers« samt eigenem Budget, mit dem antizyklische Impulse gesetzt, öffentliche Güter finanziert und eine Sozialunion aufgebaut werden könnten;⁶³ über die Gründung einer »Europäischen Finanzierungsagentur«, die gemeinschaftliche Instrumente (»Eurobonds«) begibt;⁶⁴ eine formelle Verankerung der Funktion eines »lender of last resort« bei der EZB;⁶⁵ bis hin zur Schaffung einer Bankenunion einschließlich einer EU-weiten Einlagensicherung, einer einheitlichen Regulierung der Finanzmärkte und einer umfassenden Beaufsichtigung ihrer Akteure.⁶⁶

Eine tatsächlich stabilisierende Wirkung könnten solche Maßnahmen allerdings nur haben, wenn sie eingebunden wären in das Ziel einer gemeinsamen europäischen Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sie wäre orientiert auf »ein supranationales, aber überstaatliches Gemeinwesen, das ein gemeinsames Regieren erlaubt« (Jürgen Habermas),⁶⁷ und würde die Stärkung des Prinzips der Demokratie auf europäischer Ebene ermöglichen. Anderenfalls liefe die Erweiterung der Kompetenzen europäischer Institutionen darauf hinaus, dass sich der bisherige Kurs der EU verfestigt.

Wenn »mehr Europa« bedeutet »mehr neoliberales Europa«, würde das die Des-Integration Europas beschleunigen (und keine Zustimmung unter der Bevölkerung der Mitgliedsstaaten bekommen).⁶⁸ Doch eine neue EU (auch als Solidargemeinschaft (und nicht nur als Verwalter gemeinsamer Märkte) ist im neoliberalen Weltbild der Eliten, das seit mehr als vierzig Jahren in ihren Köpfen verankert ist, nicht vor-gesehen.⁶⁹ Nur ein Paradigmenwechsel bietet einen Ausweg aus diesem Dilemma: Es gibt eben keine richtige Politik in einer falschen »Spielanordnung«.

Europa steckt in »Hayeks Falle«

Der erstarkte Nationalismus blockiert den Weg zu einem gemeinsamen und sozialen Europa. Zurück in eine Welt, in der das Soziale im Nationalen beheimatet ist, geht es aber auch nicht.

Diese Blockade hat Hayek schon 1939 in seinem Aufsatz »The economic conditions of interstate federalism« beschrieben:⁷⁴ Wenn Staaten eine Wirt-

Eine grundlegende Erneuerung der EU-Regelwerke ist innerhalb der herrschenden »Spielanordnung« illusorisch. Gerade jene Änderungen, welche Wirtschaftswachstum, sozialen Zusammenhalt und europäische Integration nachhaltig stärken könnten, widersprechen dem herrschenden Denksystem:⁷⁰

- Die EZB sollte den Zins auf einem Niveau nahe null stabil halten und auf eine Feinsteuerung zur Stabilisierung der Konjunktur verzichten.
- Durch Käufe bzw. Verkäufe von (Staats-)Anleihen gewährleistet die EZB, dass die Zinsen in jedem Euroland um maximal 2 Prozentpunkte höher liegen als in Deutschland.
- Darüber hinaus sollte die EZB auch Maßnahmen setzen zur Vermeidung bzw. Eindämmung von spekulativen Bubbles auf Finanzmärkten.
- Die »Goldene Regel der Lohnpolitik« – die Nominallöhne steigen wie die Produktivität plus der Zielinflation von 2 Prozent – würde Leistungsbilanzungleichgewichte eindämmen. Deren Bandbreite sollte durch Regeln eingegrenzt werden.⁷¹
- Das Defizit des Staates sollte den Überschüssen des privaten Sektors entsprechen.⁷² Damit werden insbesondere öffentliche Investitionen finanziert. Diese gelten nach der »Goldenen Regel der Fiskalpolitik« nicht als Teil des Staatsdefizits.⁷³

schaftsunion gründen, dann führe die Freizügigkeit von Arbeit und Kapital zu einer massiven Einschränkung des Handlungsspielraumes nationaler Politik (Hauptthese I). Denn jede Änderung der Investitionsbedingungen oder der Arbeitskosten in einem Teil der Union werde Angebot und Preise von Kapital und Arbeit in anderen Teilen der Union beeinflussen.⁷⁵ Zudem beschränke ein gemeinsamer Markt die Steuerhoheit der einzelnen Staaten sowie den Handlungsspielraum von Gewerkschaften.⁷⁶ Auch eine unabhängige Geldpolitik könne es nach Einführung einer Gemeinschaftswährung nicht mehr geben.

Allerdings könne die Politik auf Unionsebene den Handlungsspielraum nicht in dem Maße erweitern, in dem er auf nationaler Ebene verloren ginge (Hauptthese II): Maßnahmen, die in einem reichen Land selbstverständlich seien wie eine Arbeitslosenversicherung oder die Beschränkung von Arbeitszeiten, würden einem armen Land schaden und daher dort abgelehnt.⁷⁷ Zudem ließe sich eine umfassende Wirtschafts- und Sozialpolitik auf Unions-

ebene nicht demokratisch legitimieren: Die Menschen würden sich Entscheidungen widersetzen, die auf Unionsebene von Menschen anderer Nationalität getroffen werden.⁷⁸ Daher sei der wirtschaftspolitische Spielraum für die Regierung einer Föderation wesentlich kleiner als für Nationalstaaten.⁷⁹

In einer Staatenunion müsse sich die (Wirtschafts-)Politik somit darauf beschränken, dauerhaft sicherzustellen, dass sich Eigeninitiative optimal entfalten kann.⁸⁰ Ein »im Wesentlichen liberales ökonomisches Regime« sei Voraussetzung für das Funktionieren einer Konföderation, ohne die wiederum kein dauerhafter Frieden möglich sei. »Was immer man von der Wünschbarkeit anderer Ziele der Regierung hält – die Verhinderung von Krieg oder ziviler Unruhen haben zweifellos Vorrang, und wenn sich das nur durch eine Beschränkung der Regierungsaufgaben auf diese und ein paar andere Kernaufgaben erreichen lässt, werden jene anderen Ideale weichen müssen.«⁸¹

Auf den Punkt gebracht: Wer Frieden wolle, brauche eine Staatenunion und müsse daher auf »andere Ziele der Regierung« wie Marktregulierungen und Ideale wie Sozialstaatlichkeit verzichten. Wie später von Buchanan gefordert (»Wir müssen das ›So ist es‹ verwenden, um das ›So soll es sein‹ durchzusetzen«), stellt Hayek seinen Wunsch nach Abbau des Sozialstaates als notwendige Folge der Gründung eines Staatenbundes dar, der wiederum zur Sicherung des Friedens unabdingbar sei.

Für Wolfgang Streeck liest sich Hayeks Aufsatz »wie ein Konstruktionsplan für die Europäische Union von heute.«⁸² Streeck zieht daraus den Schluss, dass Sozialstaatlichkeit und Demokratie nur im Rahmen des Nationalstaates verteidigt werden können, also durch »weniger Europa«.⁸³ Offenbar hält er Hayeks Analyse für zutreffend. Aber ist sie das wirklich? Beim ersten Lesen möchte man das allein schon deshalb bejahen, weil eine fast achtzig Jahre alte Analyse genau jene Probleme anspricht, an denen die EU heute leidet. Doch beim Nach-Denken erhebt sich der Zweifel an der These, dass eine umfassende Wirtschafts- und Sozialpolitik in einer Staatenunion unmöglich sei.

Hayek argumentiert (auch hier) »prinzipiell«, also axiomatisch und ahistorisch. Eine zentrale Steuerung wirtschaftlicher Aktivitäten setze gemeinsame Ideale und Werte voraus, und eine solche Übereinstimmung lasse sich umso weniger herstellen oder erzwingen, je geringer die Homogenität bzw. Ähnlichkeit der Bewohner einer Region (wie Europa) seien.⁸⁴ Doch Nationen haben keine feste Ausstattung mit »Idealen und Werten«, diese wandeln sich

im Prozess der gesellschaftlichen Entwicklung. So hat die Aufklärung die universelle Gültigkeit von Grundwerten wie die Gleichwertigkeit aller Menschen, ihr Recht auf freie Entfaltung und ihre Verpflichtung zur Solidarität philosophisch bzw. naturrechtlich begründet. Dies trug wesentlich zur Überwindung des Wahrheitsanspruches des Christentums gegenüber anderen Religionen bei (»Nathan der Weise« statt »Kreuzzittertum«).

Für Kant solle und werde die Menschheit zu einer Weltgemeinschaft zusammenwachsen (»Zum ewigen Frieden«). Die schottischen Aufklärer Hume und Smith skizzierten, wie die »*natural liberties*« durch Unternehmertum, Märkte und einen die Chancengleichheit verbessernden Staat umgesetzt werden könnten. Voltaire und Rousseau bereiteten den Boden für die Verankerung von »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« als universell gültiger Werte, an denen sich auch die Arbeiterbewegung orientierte.

Sehr vereinfacht ausgedrückt: Aufklärung, Emanzipation, Menschenrechte, Sozialstaatlichkeit, Demokratie und Internationalismus gehören zusammen (»Aufklärungssyndrom«). Das »Gegen-Aufklärungssyndrom« bilden Nationalismus, Autoritarismus, entfesselter Kapitalismus und Rassismus. Es führte in den Ersten Weltkrieg, zum Faschismus und in den Zweiten Weltkrieg. Nach diesen Katastrophen gewann das »Aufklärungssyndrom« wieder an Bedeutung. Allerdings orientierte sich die Politik nicht an den »hohen« (und abstrakten) Zielen wie »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«, sondern an »niedrigen« (und konkreten) Zielen wie Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, gesellschaftlicher Zusammenhalt und europäische Integration. Die Länder gestalteten ihr »nationales Zuhause« nach diesen Grundsätzen, und so entwickelte sich langsam so etwas wie »europäische Identität«.

Doch auch das »Gegen-Aufklärungssyndrom« erschien in neuer Gestalt: Nicht mehr Gott, Kaiser und Vaterland sind höchste Autorität, sondern »der Markt«. Wenn »er« lenkt, erübrigen sich Ethik und Moral, Begriffe wie »Soziale Gerechtigkeit« haben keine Bedeutung. So bereitete der Neoliberalismus den Boden für Nationalismus: Das »freie Spiel« der Finanzmärkte deklariert immer mehr Menschen, sie wenden sich rechtsnationalen Verführern zu – nach dem Börsenkrach 1929 ebenso wie seit der Finanzkrise 2008.

Hayek hat recht: Ein Staatenbund mit einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik braucht gemeinsame Werte und Ideale. Doch Hayek irrt, wenn er meint, dass Nationen mit unterschiedlichem Wohlstand und unterschied-

licher Kultur keinen Staatenbund bilden können, der mehr gewährleistet als die Freiheit der Märkte: Gemeinsame Werte und Ziele entwickeln sich in einem vielschichtigen Prozess und lassen sich mithilfe einer realitätsnahen »Navigationskarte« auch erreichen – das beweist die Prosperitätsphase.

Damals entfaltete sich gesellschaftliche Dynamik innerhalb eines Systems, das von den meisten Menschen als ein *gemeinsames Ganzes* empfunden und bejaht wurde, weil es Polaritäten »ausbalancierte«, insbesondere zwischen der Konkurrenz auf (Güter-)Märkten und Sozialstaatlichkeit als institutionalisierter Solidarität. Dieses »soziale Zuhause« wurde in den Nationalstaaten geschaffen. Doch da die anderen Nationen ihr »Zuhause« nach der gleichen »Navigationskarte« gestalteten, wurde ein gemeinsames Europa nicht als Gegensatz zur nationalen Heimat empfunden. Um den Nationalismus zu überwinden und die Idee eines »gemeinsamen Hauses Europa« zu nähren, musste zuerst im eigenen Land und bei den Nachbarn ein »soziales Zuhause« geschaffen werden.⁸⁵

Am fatalsten erweist sich Hayeks Annahme, der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Arbeit und Kapital – gewährleistet durch ein »im Wesentlichen liberales ökonomisches Regime« – reiche aus, um einen Staatenbund zusammenzuhalten. Tatsächlich führt ein solches Regime in eine Krise, die »Zentrifugalkräfte« werden immer stärker. Dafür liefert die Entwicklung der EU in den vergangenen fünfundzwanzig Jahren ein eindrucksvolles Beispiel.

Wieder begegnen wir dem »Haltet-den-Dieb-Effekt«: Die Propagierung von Eigennutz und Marktkonkurrenz als Universalprinzipien macht Menschen egoistischer, »die Anderen« werden zu Gegnern, »die Fremden« zu Feinden. Solidarität erstickt daher zuerst auf supranationaler Ebene. Beschränkt sich das Europäische auf Märkte und Wettbewerb, so kann man sich »soziale Wärme« nur im Nationalen erhoffen – die EU steht dann für »neoliberale Kälte«.

Was Hayek als gegeben ansieht, das Fehlen gemeinsamer »Ideale und Werte« in einer Staatenunion, wurde durch die Dominanz der neoliberalen Ideologie selbst verursacht. Mit der gescheiterten Verteilung von Flüchtlingen erreichte die Ent-Solidarisierung innerhalb der EU einen vorläufigen Höhe- bzw. Tiefpunkt. Ohne Emanzipation vom Neoliberalismus kann es keine Stärkung des europäischen Zusammenhaltes geben.

Dabei geht es nicht um »mehr« oder »weniger« Europa, sondern um *ein anderes Europa*, dessen »Navigationskarte« auf einer realitätsnahen Wirtschaftstheorie beruht, dessen Rahmenbedingungen das Profitstreben auf

unternehmerische Aktivitäten in der Realwirtschaft fokussieren statt auf »Finanzalchemie« und dessen gesellschaftspolitische Leitlinien den Grundwerten und Lebensgewohnheiten seiner BürgerInnen entsprechen.

die Armen sind halt Minderleister«). Da ich aber auch als Reicher Sehnsucht nach Ganzheit und Wahrhaftigkeit habe, bleibt ein schlechter Beigeschmack.

Extreme Ungleichheit schafft Ausschließung nicht nur »unten«, sondern auch »oben«. Je reicher die Reichen werden, desto mehr verarmen sie.³³

Politik der Gefühle und die Sehnsucht nach dem starken Mann

Sowohl die »Oberen« als auch die »Unteren« sind sich und ihren Mitmenschen in einer von Individualismus, Konkurrenz, Vereinzelung und Unsicherheit geprägten Gesellschaft entfremdet. Die »sozialen Gefühle« finden zu wenig Nährboden, das Bedürfnis nach wechselseitiger Anteilnahme und Wertschätzung bleibt unbefriedigt.

»Asoziale Gefühle« der »Unteren« wie Neid, Missgunst und Wut entladen sich gegenüber »Schuldigen«. Unsicherheit und Zukunftsangst verlangen nach einfachen Erklärungen, einem »neuen System« und einem starken Mann. Zur Untermauerung ihrer Solidarität mit »dem Volk« richten die politischen Aufsteiger der heutigen Zeit die »asozialen« Gefühle der »Zu-kurz-Gekommenen« gegen noch Schwächere, besonders »Fremde«, aber auch gegen das »Establishment«. Und sie versprechen »neue Wege« zu einem »neuen System«, das die Nation vereint.

Dieses Grundparadox ist zugleich Ausdruck der Sehnsucht nach Erlösung von der Entfremdung: Gegen die Feinde in uns (die »schlechten« Gefühle) und in der Gesellschaft (die »Schuldigen«) zu kämpfen und gleichzeitig »ganz« zu werden, also versöhnt mit allen unseren Gefühlen und mit allen Mitgliedern unserer Gesellschaft.

Einzelne »Reiche« können durch Wohltätigkeit ihre Entfremdung von Anteilnehmen und Teilen mildern (besonders wenn das Lebensende naht), für die Gruppe aller »Reicher« kann das nur durch politisches Handeln gelingen. Denn es liegt ein »Gefangenendilemma« vor: Die meisten würden sich in einer Gesellschaft wohler fühlen, in der die Ungleichheit kleiner ist als heute, selbst wenn jeder Einzelne mehr beitragen müsste. Dieser Zustand kann aber nur durch politische Koordination erreicht werden: Solange jeder einzelne Reiche nicht darauf vertrauen kann, dass auch die anderen mehr beitragen werden, wird er doch nicht »der Dumme« sein.

17. NEOLIBERALISMUS ALS THEORIE UND POLITIK: EIN UNFASSBAR FALSCHES GANZES

Die *Mainstream-Ökonomen* können das neoliberale Denksystem selbst nicht als systemische Hauptursache der großen Krise Europas in Erwägung ziehen. Die meisten *Nicht-Ökonomen* »spüren« zumindest, dass sich Europa seit Langem in eine falsche Richtung entwickelt, doch sie können nicht aufzeigen, woran das liegt. Diese Ausweglosigkeit verstärkt Ohnmacht und Resignation. Daher führte die Finanzkrise 2008 nicht zu einer Schwächung der herrschenden »Spielanordnung«, sondern im Gegenteil zu massiven Beschädigungen des Europäischen Sozialmodells. Nun blasen auch linke Intellektuelle zum Rückzug in nationalstaatliche Verteidigungsstellungen.

Der »TINA-Fatalismus« (*»there is no alternative«*) zeigt sich an Aussagen wie »Es kann nie wieder Vollbeschäftigung geben« oder »Staatliche Pensionen werden die Existenz der Jungen nicht mehr sichern, wenn sie einmal alt sind« oder »Die Politik ist den globalen Finanzmärkten ausgeliefert«. ³⁴ Wer ihnen zustimmt, ist Opfer der neoliberalen Gegen-Aufklärung und Ent-Mutigung geworden (Kant: »Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!«, ist also der Wahlspruch der Aufklärung). Die Unmündigkeit ist aber nicht »selbst verschuldet«: Seit einem halben Jahrhundert wird »der Markt« als Subjekt präsentiert, dem man sich zu unterwerfen habe.

In seinem letzten Werk *Die verhängnisvolle Anmaßung* (1988) entwickelt Hayek das Konzept der »erweiterten Ordnung« als Modell einer Gesellschaft, in der Rahmenbedingungen festgelegt werden (eventuell durch einen »Weisenrat«), welche die individuellen Freiheiten möglichst wenig einschränken. Innerhalb dieses Rahmens entwickelt sich die Gesellschaft als – unvorhersehbares und nicht steuerbares – Resultat der Marktprozesse. Die erweiterte Ordnung beziehe sich »auf das, was weit über unser Verständnis, unsere Wünsche und Zielvorstellungen sowie unsere Sinneswahrnehmungen hinausgeht (...). Deutlich zeigt es sich in der religiösen Bedeutung des Wortes, wie wir das etwa im Vaterunser sehen, indem eine Bitte lautet ›Dein Wille (d. h., nicht der meine) geschehe, wie im Himmel und auf Erden‹ (...).« ³⁵

Die Marktwirtschaft als »Vaterunser«: Diese Metapher wäre (auch) den Eliten vor fünfzig Jahren lächerlich erschienen. In der Zwischenzeit wurden sie zum Neoliberalismus »konvertiert« und können vor lauter Sachzwängen

den marktreligiösen Charakter ihres Weltbildes – und damit ihre »selbst verschuldete Unmündigkeit« – nicht wahrnehmen.

Mit dem Anspruch, die Gleichgewichtstheorie stelle die ultimative Wahrheit dar, verkündeten die neoliberalen Vordenker das Ende der Geschichte ökonomischer Theoriebildung.³⁶ Tatsächlich handelt es sich um das Ende einer Sackgasse: Dort gibt es kein Weiterkommen, die Theorie kann nur mehr auf ihre Essenz reduziert werden – die Welt der DSGE-Modelle, in der nur mehr ein *homo oeconomicus* als »repräsentativer Akteur« existiert.

Gleichzeitig hat die neoliberale »Navigationskarte« Europa immer tiefer in eine Systemkrise geführt. Auch die Lage der meisten kleinen und mittleren Unternehmer hat sich im Finanzkapitalismus verschlechtert. Am Ende einer Sackgasse muss man neue Wege suchen. Die Zeit ist reif für einen Frontalangriff auf die herrschende Theorie.

Das Menschenbild der herrschenden Wirtschaftstheorie

Nicht-Ökonomen mögen den *homo oeconomicus* für ein theoretisches Konstrukt halten ohne praktische Bedeutung. Dies ist ein fataler Irrtum: Alle Maßnahmen, die das Leben der Menschen in den vergangenen Jahrzehnten massiv verändert haben, wurden aus dieser Vorstellung abgeleitet, von der Liberalisierung der Finanzmärkte bis zum EU-Fiskalpakt.

Die Gleichgewichtstheoretiker müssen seine Existenz unterstellen, da anderenfalls ihre Modelle nicht funktionieren. Das war schon vor hundertfünfzig Jahren so, als die Neoklassiker ihrem großen Vorbild, der Physik, nacheifern wollten.³⁷ Die Theorie der »vollkommenen Konkurrenz« entsprach gleichzeitig der damals populären Übertragung des Darwin'schen Konzeptes der »natürlichen Selektion« auf die Evolution der Menschen (»Sozialdarwinismus«): Konkurrenz als ökonomisches Koordinationsprinzip impliziert eine Selektion der starken und eine Eliminierung der schwachen Marktteilnehmer.

Der dem russischen Hochadel entstammende Forscher und Anarchist (Fürst) Peter Kropotkin (1842–1921) hat 1902 in seinem naturwissenschaftlichen Hauptwerk *Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt*³⁸ die einseitige Betonung der Konkurrenz in der Evolutionstheorie sowie deren Übertragung auf die menschliche Gesellschaft kritisiert. An vielen Beispielen zeigt er, dass Kooperation – bei der Aufzucht der Nachkommen, in Form von

Rudel- und Herdenbildung oder von kooperativen Jagdstrategien – als (Über-) Lebensstrategie größere Bedeutung hat als der Kampf jeder gegen jeden. Auch sei die Interpretation des Begriffes »*survival of the fittest*« falsch. Mit »*fittest*« seien nicht die Stärksten gemeint, sondern die den jeweiligen Umweltbedingungen optimal Angepassten.³⁹

Etwa hundert Jahre später bestätigen Forschungen in unterschiedlichsten Gebieten wie der Ethnologie, Anthropologie, Biologie und Psychologie die Grundthese von Kropotkin und widerlegen zugleich die Vorstellung, der *homo oeconomicus* habe etwas mit real existierenden Menschen zu tun.

Michael Tomasello etwa hat gezeigt, dass sich das menschliche Denken deshalb so einzigartig weiterentwickeln konnte, weil das von Einzelnen erworbene Wissen durch kulturelle Kommunikation anderen vermittelt wird,⁴⁰ und dass wechselseitiges Lernen Kooperationsbereitschaft voraussetzt.⁴¹ Joseph Henrich vertiefte diesen Ansatz zum Konzept des »kollektiven Gehirnes« (»*collective brain*«). Darunter versteht er die Fähigkeit, von anderen zu lernen und das Wissen an die nächste Generation weiterzugeben.⁴² Auch die Arbeiten der Neurowissenschaftlerin und Psychologin Tania Singer belegen, dass Sozialverhalten keinesfalls nur von Eigennutz getrieben wird, sondern Kooperation und Altruismus das zwischenmenschliche Verhalten essenziell bestimmen.⁴³ Zu ganz ähnlichen Ergebnissen kommt der Mathematiker und Biologe Martin Nowak. Für ihn ist Kooperation das (neben der Darwin'schen Selektion und Mutation) dritte Prinzip der Evolution, das den Menschen als »Superkooperator« erst zu dem gemacht hat, was er ist.⁴⁴

Daniel Kahneman hat – überwiegend gemeinsam mit Amos Tversky – untersucht, wie Menschen unter Unsicherheit Entscheidungen fällen. Seine Ergebnisse widersprechen den Grundannahmen der Gleichgewichtstheorie.⁴⁵ Rationale und emotionale Motive lassen sich nämlich nicht säuberlich trennen, und die meisten Entscheidungen beruhen nicht auf logischer Kalkulation, sondern auf heuristischen Verfahren (»Daumenregeln«). Dafür verantwortlich sind zwei Denksysteme: »System 1 arbeitet automatisch und schnell, weitgehend mühelos und ohne willentliche Steuerung. System 2 lenkt die Aufmerksamkeit auf die anstrengenden mentalen Aktivitäten.«⁴⁶

System 1 löst für uns alltägliche Aufgaben wie Autofahren, einfache Kalkulationen ($2 \times 2 = 4$) oder assoziative Verknüpfungen (Hauptstadt von Frankreich = Paris). System 2 funktioniert langsam, ermöglicht es uns, komplexe Berechnungen und Denkoperationen durchzuführen und so Herausforde-

rungen zu bewältigen, bei denen System 1 versagt (etwas in seinem Gedächtnis suchen, eine Steuererklärung verfassen etc.).⁴⁷

Beide Systeme ergänzen einander (dargestellt am Beispiel der Finanzspekulation – siehe Kapitel 9): Ein erfahrener Trader wird aus Kurskonfigurationen (»*chartism*«) rasch die Wahrscheinlichkeit eines Preisschubes abschätzen (System 1). Bei der Entwicklung von Algorithmen, mit denen sich aus dem »*trending*« von Kursen Kauf- und Verkaufssignale ableiten lassen, kommt System 2 zum Zug. Die konkrete Verarbeitung solcher Signale bewältigt System 1 (sofern sie nicht automatisch exekutiert werden). Alle diese Spekulationsverfahren sind heuristischer Natur.

Emotionelle Faktoren beeinflussen den Entscheidungsprozess (System 1). Sie verursachen eine Vielzahl an Abweichungen von rationalem Verhalten. Dazu gehören die Verlustaversion (»*loss aversion*«), Selbstüberschätzung (»*overconfidence*«), Ankereffekte (»*anchoring*« – man geht bei Schätzungen von einem bestimmten Referenzwert aus), »*Framing*« (die Problemstellung schränkt den Lösungsraum ein) und andere mehr (ihre Bedeutung haben wir in Kapitel 9 am Beispiel von Finanzspekulation kennengelernt).

All diese Phänomene wurden bisher nur auf der Mikroebene erforscht, prägen aber auch makroökonomische Entwicklungen. So bewirkt Verlustaversion, dass Verteilungskonflikte – etwa in einem Unternehmen – bei einem »schrumpfenden Kuchen« viel schwerer zu lösen sind als in einer Phase der Expansion, in der niemand etwas verlieren muss.⁴⁸

Auch eine dominante Wirtschaftstheorie selbst stellt einen »Rahmen« dar, der die Wahrnehmung einschränkt. Betrachte ich etwa Arbeitslosigkeit nur im Hinblick auf Löhne, Arbeitslosengeld und Arbeitnehmerschutz, so komme ich zu anderen Schlussfolgerungen als aus systemischer Perspektive: Die Verwendung des Marktdiagramms als universelles Wahrnehmungsraster ist das folgenreichste Beispiel für »*Framing*« (siehe Kapitel 2).

Die »Glücksforschung« (»*happiness research*«) untersucht die ökonomischen, sozialen und persönlichen Bestimmungsgründe für geglücktes Leben.⁴⁹ Es zeigt sich, dass ökonomischer Erfolg, insbesondere in Gestalt von hohem Einkommen und Vermögen, wenig Bedeutung hat. Sind die Grundbedürfnisse gedeckt, so sind nicht ökonomische »Glücksfaktoren« – die Qualität der Beziehungen zu anderen Menschen; eine befriedigende Arbeit; körperliche und seelische Gesundheit; die Qualität der natürlichen Umwelt; das Vertrauen in die staatlichen Institutionen – viel wichtiger.

Hayeks Denksystem: Alte Interessen, neu legitimiert

Hayeks Menschenbild ist ungleich realitätsnäher als das der neoklassisch-neoliberalen Theorie: Menschen verfügen nur über ein (sehr) beschränktes Wissen, ihre Entscheidungen sind auch von Emotionen beeinflusst, sie sind nicht nur eigennützig, sondern auch altruistisch (ein »animalisches Gefühl« aus der Hordenzeit).⁵⁰

Für Hayek sind Märkte – wie jede sich evolutionär entwickelnde Institution – alles andere als vollkommen (gleichzeitig sind Marktprozesse jeder anderen Form ökonomischer Steuerung überlegen). Die Komplexität des Zusammenwirkens der Marktprozesse und das beschränkte Wissen der Akteure machen die Zukunft essenziell unsicher, Prognosen sind deshalb sinnlos, quantitative Zusammenhänge auch vergangener Entwicklungen nicht erkennbar. Das Einzige, was man erfassen könne, seien qualitative »Muster«.

Märkte sind für Hayek das Musterbeispiel einer »spontanen Ordnung«, entstanden in einem evolutionären Prozess des Probierens, Anpassens und Verbesserns. Alle wichtigen Institutionen und Regeln, letztlich die gesamte Kultur habe sich auf diese Weise »spontan« entwickelt, nicht durch rationale Planung: In der Vorzeit lebten die Menschen in kleinen Horden als Jäger und Sammler, sie waren aufeinander angewiesen und bildeten »soziale Instinkte« aus wie Altruismus oder Solidarität, die (auch genetisch) vererbt wurden. Erst die Verdrängung dieser Instinkte durch Innovationen wie Sprache, Recht und Markt habe die Herausbildung von Eigennutz, Akkumulation von Privateigentum, Konkurrenz und Individualismus als die Triebkräfte des ökonomischen und kulturellen Fortschritts ermöglicht und durch »Gruppen- und Regelselektion« befördert: Gruppen, die bessere Regeln entwickelten, setzten sich und damit ihre Regeln durch.

Die Marktprozesse stellten »Entdeckungsverfahren« dar, nicht aber Bewegungen zu stabilen Gleichgewichten. Diese Prozesse bündeln nach Hayek das verstreute Wissen unzähliger Menschen, ihre Ergebnisse sind daher jeder Art staatliche Planung überlegen. Deshalb lehnt er jeglichen »Konstruktivismus« ab wie er typisch sei für »Rationalisten« (insbesondere die französischen Aufklärer), »Reformer« (wie Rousseau oder Marx) und politische Bewegungen, die deren Konzepte umzusetzen versuchten: »Der Grundgedanke des Konstruktivismus lässt sich am einfachsten in der zunächst unverfänglich klingenden Formel ausdrücken, dass der Mensch die Einrichtungen der Ge-

sellschaft und der Kultur selbst gemacht hat und sie daher auch nach seinem Belieben ändern kann.«⁵¹ Dies ist es, was Hayek als »verhängnisvolle Anmaßung« bezeichnet: Die komplexe Interaktion von Milliarden Menschen, durch welche die Gesellschaft sich entwickelt, könne nicht begriffen, geplant und gesteuert werden. Genau das hätten die intellektuellen und politischen Weltverbesserer angestrebt.

Mit theoretischen Annahmen, die der Gleichgewichtstheorie fundamental widersprechen, kommt Hayek zu den gleichen »praktischen« Schlussfolgerungen: Jeder Einzelne, auch die Politik, müsse sich der Evolution anvertrauen und sich den »anonymen Kräften des Marktes unterwerfen«.

Hayeks Ideen beschäftigen mich seit Langem, und viele haben mich überzeugt. Das betrifft die Unmöglichkeit, die Gesellschaft »im Ganzen« radikal und »konstruktivistisch« zu verbessern, und es betrifft das noch größere Verhängnis, solche Konzepte ohne Geduld, also revolutionär, umsetzen zu wollen. Auch Hayeks Ansatz, ökonomische Phänomene als Prozesse zu begreifen, insbesondere Marktprozesse als »Entdeckungsverfahren«, ist realitätsnäher als das neoklassische Gleichgewichtskonzept. Es ist schon viel gewonnen, wenn wir die Muster ökonomischer Dynamik (einigermaßen) verstehen, statt exaktes Wissen vorzutäuschen.⁵²

Diese Einsichten hat Hayek entwertet, indem er sie zu absoluten Wahrheiten erhob und Gegenpositionen verdammt. Tatsächlich sind die Gegensätze zwischen Eigennutz und Altruismus, »spontanen« und »konstruktivistischen« Ordnungen, Konkurrenz und Kooperation, Rationalität und Emotionalität nicht so unversöhnlich, wie Hayek unterstellt. Zwar mag die Bedeutung »spontaner Ordnungen« vor den Arbeiten von Hayek zur »kulturellen Evolution« unterschätzt worden sein. Die These, dass die »gesamte Kultur« auf diese Weise entstanden sei, scheint mir jedoch eine geradezu groteske Übertreibung.

Viel realitätsnäher ist die Vermutung, dass ein Wechselspiel zwischen »spontanen« Prozessen und ihrer »konstruktivistischen« Ordnung die kulturelle Evolution vorantreibt (»spontan« entstandene Rechtsregeln werden kodifiziert, neue Probleme lassen neue Regelungen entstehen, die in die bestehende Rechtsordnung eingebaut werden etc.). Wieder zeigt sich: Das Ausbalancieren von Polaritäten und die (versuchte) Integration von Gegensätzen erklären soziale Dynamiken besser als die Dominanz von jeweils einem »Pol« bzw. Prinzip wie Eigennutz, Konkurrenz oder »spontane« Entwicklung.⁵³

Die verschiedenen Theorien Hayeks verbindet sein Interesse, Privateigentum, Rechtsordnung, Individualismus, Eigennutz und Marktfreiheit als die einzigen Prinzipien erscheinen zu lassen, an denen sich das Zusammenleben der Menschen orientieren müsse. Das Gemeinschaftliche, insbesondere in seiner institutionalisierten Form als Staatseigentum oder Sozialstaat, weise hingegen den »Weg zur Knechtschaft«. Dieses manichäische Weltbild, in dem das Gute gegen das Böse, Freiheit gegen Knechtschaft, Hayek gegen Keynes etc. kämpfen, wäre primitiv erschienen, hätte Hayek es nicht mit originellen Theorien fundiert bzw. »ausgemalt«. Brillant war seine Strategie, die Werte seiner Gegner wie Freiheit, Fortschritt und Gerechtigkeit nicht anzugreifen, sondern für seine eigenen Theorien zu reklamieren (aber nie in Verbindung mit dem Wort »sozial«⁵⁴): Fortschritt verdanken wir demnach nur der Verfolgung des Eigennutzes auf Märkten. Staatliches Handeln, das über die Bereitstellung reiner öffentlicher Güter wie innere und äußere Sicherheit hinausgeht, behindere den Fortschritt.⁵⁵ Gerechtigkeit bedeute Gewährleistung gleicher Chancen, und diese könne es nur in einer freien Marktwirtschaft als einem sich selbst organisierenden System geben.⁵⁶

Den »Trick«, seinen Gegnern Rückschrittlichkeit zu unterstellen, setzt Hayek auch in seiner Auseinandersetzung mit Keynes ein: Dessen Theorie habe einen Niedergang der Wirtschaftswissenschaften verursacht, von dem sie sich erst seit den 1970er-Jahren durch die Rückbesinnung auf die Mikroökonomie langsam wieder erhole.⁵⁷ Fortschritt durch Rückschritt.

Ein unfassbar falsches Ganzes

Betrachten wir die Merkmale und Auswirkungen des Neoliberalismus *in ihrer Gesamtheit*, dann ergibt sich ein klarer Befund: Es handelt sich um ein unfassbar falsches Ganzes.⁵⁸ Seine Grundüberzeugungen ergeben sich aus den Annahmen der Gleichgewichtstheorie: Destabilisierende Finanzspekulation kann es nicht geben; Arbeitslosigkeit ist freiwillig, da die Arbeitslosen sich weigern, Löhne zu akzeptieren, die der Lage auf dem Arbeitsmarkt entsprechen; Staatsverschuldung ist durch mangelnde Budgetdisziplin des Staates verursacht; Sozialleistungen senken die Leistungsbereitschaft und damit die ökonomische Effizienz. Diese Glaubenssätze ignorieren die Polaritäten der Menschen als individuelle/soziale, rationale/emotionale, eigennützige/altruistische, konkurrierende/kooperierende Wesen, und sie ignorieren,

dass jedes Handeln auf Erwartungen über eine *prinzipiell unsichere* Zukunft basiert.⁵⁹

Aus den so konstruierten Modellen werden die passenden »Therapien« abgeleitet: Deregulierung der Märkte, Senkung von Sozialleistungen und (Spitzen-)Steuern, Förderung der kapitalgedeckten gegenüber der sozialstaatlichen Altersvorsorge etc. Die Ergebnisse sind desaströs: Die »freiesten« Märkte produzieren mehrjährige Abweichungen der Wechselkurse, Rohstoffpreise und Aktienkurse von ihren »Fundamentalwerten«, also »falsche« Preise. Diese Bullen- und Bärenmärkte verursachen Wirtschaftseinbrüche und verlagern das Gewinnstreben von der Real- zur Finanzwirtschaft. Das Wirtschaftswachstum sinkt: Die Unternehmen weiten ihre Finanzinvestitionen aus, erzielen nunmehr Überschüsse, nehmen also netto keine Kredite für Realinvestitionen mehr auf. Da auch die privaten Haushalte (weiter) Überschüsse erzielen, »erleiden« die meisten Staaten Defizite infolge sinkender Steuereinnahmen und steigender Arbeitslosigkeit. Die Staatsfinanzen lassen sich nur durch Leistungsbilanzüberschüsse verbessern, dies fördert Neo-Merkantilismus und führt zu Protektionismus.

Grundwerte wie Leistungsstärke, Wettbewerbsfähigkeit, Eigenverantwortung, Erfolg, Reichtum etc. schaffen immer mehr »Minderleister« und Verlierer. Der Wert eines Menschen bemisst sich in einer Konkurrenzgesellschaft ja am Vergleich mit den Besten (daher die Bedeutung von »Rankings«). Burn-outs und Depressionen nehmen zu, das *Bedürfnis* nach Solidarität verkümmert.

Der Neoliberalismus legitimiert die Interessen des Finanzkapitals und nicht des Realkapitals: Die »Liebe zum Geld« nährt den »egozentrischen Eigennutz« (»Was die anderen verlieren, gewinne ich«), ersetzt Selbstwertgefühl und entfremdet Menschen von sich selbst und den Mitmenschen.

Durch die Erhebung »des Marktes« zu einem Subjekt, dem sich die Menschen zu unterwerfen hätten, wurde der Neoliberalismus zum erfolgreichsten Projekt von Gegen-Aufklärung und Selbst-Entmündigung. Daher wurden jene Aufgaben vernachlässigt, die nur durch das »System Politik« bewältigt werden können, von der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, der Verbesserung der Bildungschancen von Kindern, der Modernisierung eines sozialstaatlichen Systems der Altenbetreuung bis zur Bekämpfung des Klimawandels.

Ein Ganzes kann man nur »im Ganzen« überwinden

Das »Ganze« macht den Neoliberalismus stark: Seine Komponenten stützen einander und werden durch die »marktreligiöse« Theorie als »Schlussstein« zusammengehalten. Innerhalb des Denksystems kann es nicht widerlegt werden, außerhalb des Denksystems wird man kaum ernst genommen.

In diesem Dilemma schlossen sich immer mehr Intellektuelle und Politiker dem Mainstream an und suchten innerhalb des »falschen Ganzen« nach Kompromissen, vor etwa zwanzig Jahren auch die sozialdemokratischen Eliten. Mit einem ähnlichen Dilemma waren Hayek und seine Mitkämpfer konfrontiert, als ihr »Gegner«, der Keynesianismus, zum unangefochtenen »Common Sense« wurde. Doch sie entschieden sich für die *Totalkonfrontation*.

Diese, und nur diese Strategie wird eine Emanzipation von der neoliberalen Weltanschauung ermöglichen. Denn ein »falsches Ganzes« kann nur »im Ganzen« überwunden werden. Die wichtigsten Etappen auf diesem Weg bestehen in der Aufklärung über den jenseitigen Charakter der neoliberalen Theorien und über die fatalen Folgen der daraus abgeleiteten Politik sowie in der Entwicklung alternativer Erklärungen und Strategien.

Der Weg von »neoliberaler Knechtschaft« zu einer neuen Prosperität wird keine Jahrzehnte dauern. Erstens ist die Performance des Neoliberalismus miserabel. Zweitens bereitet eine finanzkapitalistische »Spielordnung« selbst den Boden für ihren Niedergang. Drittens hat die Forschung das Fundament der herrschenden Theorie, den *homo oeconomicus*, irreparabel demoliert.

Das Potenzial für einen Wechsel vom Interessenbündnis zwischen Real- und Finanzkapital zu jenem zwischen Realkapital und Arbeit ist also schon vorhanden. Seiner »Aktivierung« steht allerdings der »Zauberlehrlingseffekt« entgegen: Die neoliberalen »Geister«, welche die Unternehmer(vertreter) vor fast fünfzig Jahren gerufen hatten, werden sie nicht so leicht los.

Ob es dafür – wie bisher in der Geschichte – eine massive Krisenvertiefung in Gestalt einer Finanzschmelze braucht, eventuell verbunden mit einer Auflösung der Währungsunion und einer Machtausweitung rechtspopulistischer Parteien, oder ob Aufklärung den Weg aus der Talsohle des »langen Zyklus« frei macht, lässt sich nicht prognostizieren – aber beeinflussen.

20. DIE ROLLE VON ÖKONOMEN: VON DER »MARKTRELIGIOSITÄT« ZURÜCK ZU AUFKLÄRUNG UND ANTEILNAHME

Im Oktober 2010 besuchte ich das »Science & Engineering Festival« auf der »National Mall« in Washington. Ich flanierte von einem Zelt zum anderen und blieb bei einem Vortrag des Physik-Nobelpreisträgers John C. Mather »hängen«. Er sprach über die Forschungen zur kosmischen Hintergrundstrahlung als Beleg für die Entstehung des Universums durch den Urknall. Forschung verglich er mit einer Reise, geleitet von bestimmten Vermutungen und gleichzeitig offen für Neues. In Wechselschritten zwischen der Sammlung von Beobachtungen (etwa durch Konstruktion eines speziellen Satelliten) und ihrer Berücksichtigung im theoretischen Modell entsteht der Weg und führt zu einem – in dieser Form oft nicht erwarteten – Ziel. Dieses wird zum Ausgangspunkt der nächsten »Reise«.

Manches erinnerte mich an Ludwik Flecks »Entstehung wissenschaftlicher Tatsachen« durch »Mutationen des Denkstiles«, gefördert vom »interkollektiven Denkverkehr«. Am meisten faszinierte mich die Bescheidenheit, mit der Mather darauf hinwies, was Astrophysiker alles noch nicht wissen und wie wichtig Staunen und Zweifel sind für »Forschungsreisen«.

Ich war damals Gastforscher beim Internationalen Währungsfonds. Dessen Experten verordneten gerade Griechenland ein (erstes) Sparprogramm, gemeinsam mit jenen der EU-Kommission und der EZB (»Troika«). Die Selbstgewissheit, mit der die Ökonomen ihre »Therapien« als »alternativlos« bezeichneten, stand in völligem Kontrast zur bescheidenen Haltung des Physik-Nobelpreisträgers. Dies erschien mir umso bedenklicher, als die Experten die Auswirkungen ihrer Anweisungen auf die Menschen in Griechenland gar nicht untersucht, sondern einfach aus der Gleichgewichtstheorie abgeleitet hatten (eine ökonomische Theorie verändert ihr Objekt, die Astrophysik hingegen nicht).

Die Selbstgewissheit der Mainstream-Ökonomen war nach Durchsetzung der Theorie der »rationalen Erwartungen« in den 1970er-Jahren immer stärker geworden. Für alle Probleme wie Arbeitslosigkeit, Altersvorsorge oder Staatsverschuldung hat die idealistische Theorie »alternativlose« Diagnosen und Therapien parat. Der Ökonom als forschendes Subjekt und die Akteure

als seine Objekte sind vereint in der besten aller Welten: Beide orientieren sich am »wahren Modell«, und dies ist die Gleichgewichtstheorie. Beide verhalten sich »rational«, wobei »rational« als jenes Verhalten definiert wird, das sich an diesem Modell orientiert.

Ein Verhalten, das auch durch Emotionen oder soziale Interaktionen beeinflusst wird, ist demnach »irrational« und wird in der Neuen Klassischen Makroökonomie und den DSGE-Modellen ausgeblendet. Daher operieren die idealistischen Ökonomen in ihren Modellen mit einem »Einheitsmenschen«, dem »repräsentativen Akteur« (obwohl sie ideologisch den Individualismus predigen!), daher wird eine hartnäckige Arbeitslosigkeit als »strukturell« und damit als »freiwillig« interpretiert (Depressionen kann es in der Gleichgewichtswelt nicht geben), und daher ist der (Sozial-)Staat selber schuld an seiner Verschuldung.

Verhaltensökonomien registrieren hingegen viele Formen von »irrationalen« Verhalten wie übersteigerte Selbstgewissheit (»*overconfidence*«), Herdenverhalten (»*mimicry*«), Kurzsichtigkeit (»*myopia*«) oder die Einordnung von Beobachtungen in ein vorgefasstes Interpretationsraster (»*framing*«). Könnte es sein, dass Ökonomen damit unbewusst *eigene* Eigenschaften und Verhaltensweisen in die Objekte ihrer Forschung projizieren?⁸⁰

Der Widerspruch zwischen der Beschränktheit ihres Wissens und der *Selbstgewissheit*, mit dem die meisten Ökonomen ihre Theorien und Therapien präsentieren, ist bei kaum einer anderen Gruppe von Intellektuellen so stark ausgeprägt. Das gilt etwa für Nobelpreisträger wie Robert E. Lucas (für den Keynes sein Leben lang nur ein »politischer Aktivist« gewesen war) oder Edward C. Prescott (für den die Weltwirtschaftskrise deshalb entstand, weil die Politik die Menschen veranlasste, ihre Arbeitszeit zu senken).⁸¹ Aber auch weniger prominente Ökonomen in Wissenschaft und Medien wägen fast nie Argumente ab, sondern formulieren Thesen im Vollbesitz der Wahrheit.

Das *Herdenverhalten* von Mainstream-Ökonomen wird an ihren Prognosen besonders klar: Sie unterscheiden sich meist nur unwesentlich, weil sich die Institute an den Prognosen der anderen Institute orientieren.⁸² Überdies werden wissenschaftliche Artikel eher publiziert, wenn sie dem herrschenden Denkstil entsprechen. Da von der Publikationsliste die Karriere abhängt, passen Wirtschaftswissenschaftler sich dem Mainstream an.⁸³

Die *Kurzsichtigkeit* vieler Ökonomen zeigt sich an der Überbewertung der jeweils jüngsten Entwicklung – langfristige Entwicklungsmuster, aber auch

die Erkenntnisse anderer Wissenschaften werden meist vernachlässigt. Für die »rein« idealistischen Ökonomen macht der Begriff der »Kurzichtigkeit« ohnehin wenig Sinn, verfügen sie doch über eine jenseits von Zeit und Raum gültige Theorie, was sie von der Notwendigkeit hinzuschauen entbindet (siehe Kapitel 17 und 18).

»Framing« ist in keiner anderen Wissenschaft so verbreitet wie in der Ökonomie: Das Marktdiagramm dient als Universalraster, nach ihm werden die Beobachtungen zu den unterschiedlichsten Problemen geordnet und interpretiert – von der Arbeitslosigkeit bis zum Zinsniveau.⁸⁴ Gleichzeitig kann nur gesehen werden, was in das vom Diagramm vorgegebene Raster passt – es ist in die »neoklassische Brille« eingraviert (siehe Kapitel 2).

Gegenstand der Wirtschaftswissenschaft sind die Transaktionen von Milliarden Menschen, Millionen Unternehmen und Hunderten Staaten. Sie werden vom Streben nach Lebensgenuss, nach Profit sowie nach Stabilisierung und Verbesserung des jeweiligen Systems angetrieben, und dabei wirken rationale Kalkulation ebenso wie emotionelle Kräfte. Zur Erklärung dieser Prozesse kann es keine umfassende Theorie – quasi eine ökonomische »Weltformel« – geben (nach der sogar die Physik bisher vergeblich sucht).⁸⁵

Dass kein Ökonom perfektes Wissen besitzt, kann man daher nicht ernsthaft kritisieren.⁸⁶ Wohl aber, dass idealistische Ökonomen den Anspruch erheben, über die ultimative Theorie zu verfügen. Diese kennt nur Preise und Mengen, nur Märkte, die immer im Gleichgewicht sind, und nur rationale, ihren Nutzen maximierende »repräsentative Agenten«. So meinte Nobelpreisträger Lucas, diese Theorie könne nur mehr »technisch« verfeinert werden.⁸⁷ Nicht-Ökonomen mag eine solche »Luftschlosstheorie« angesichts der komplexen Realität geradezu irrsinnig vorkommen. Noch rätselhafter muss es ihnen erscheinen, dass diese und ähnliche Theorien zum makroökonomischen Standard der Wirtschaftswissenschaft wurden.⁸⁸

Die idealistische Theorie stellt ein radikal geschlossenes Denksystem dar, sie erlaubt ihren Vertretern keine empirischen Analysen.⁸⁹ Ebenso ausgeschlossen ist eine Reflexion über die eigene Theoriebildung als Reaktion auf gesellschaftliche Entwicklungen und als Instrument ihrer Beeinflussung.⁹⁰

Doch nicht das Gleichgewichtskonzept an sich ist Ursache des totalitären Charakters der herrschenden Theorien. Das zeigt ein Vergleich mit der Denkweise der Begründer der Neoklassik im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts.

Sie wollten mit ihren Theorien keinesfalls die Lösung der »sozialen Frage« den Märkten überlassen, sondern die Lage der breiten Masse verbessern. So betont William S. Jevons die Wichtigkeit von »moralischen Wahrheiten« (*»moral truths«* – ein wunderbarer Begriff).⁹¹ León Walras bezeichnete sich als »wissenschaftlichen Sozialisten« und machte sozialreformerische Vorschläge.⁹² Für Carl Menger wäre der Gedanke abwegig erschienen, man könne die ökonomische Dynamik lediglich aus der Interaktion von Angebot und Nachfrage begreifen.⁹³ Alfred Marshall, der Vollender der Neoklassik, hatte ein Leitmotiv: Wie kann ich mit meinem Denken die Lebensbedingungen verbessern, insbesondere der Armen?⁹⁴

Die Werte und wissenschaftliche Grundhaltung der Erfinder der Neoklassik unterschieden sich also nicht wesentlich von den Klassikern wie Adam Smith.⁹⁵ Ihr Denken war auch geprägt von Anteilnahme (also nicht »rein rational«), sie differenzierten klar zwischen ihrem (abstrakten) Modell und der (konkreten) Realität (so wären Jevons oder Marshall nicht auf die Idee gekommen, aus ihrem Modell direkte Empfehlungen an die Politik abzuleiten, etwa die Arbeitslosigkeit durch Lohnsenkungen zu bekämpfen). Allerdings war ihnen klar: Theorien »im Ganzen« können Sicht- und Handlungsweisen in der »realen Welt« verändern, und das sollen sie auch.

Die Vertreter der heute dominanten »totalen« Gleichgewichtstheorie sind »coole« Konstrukteure abstrakter Modelle, die gar nicht den Anspruch erheben, einzelne Prozesse – etwa die Entwicklung der Finanzkrise 2008 – in der Realität zu erklären, mögen sie auch noch so folgenreich sein.⁹⁶ Da diese idealistischen Ökonomen sich selbst und die (imaginierten) Objekte ihrer Theorien für wesensgleich halten (rein rational, rein individualistisch, rein eigennützig etc.), entsteht ein »intellektueller Kurzschluss«: Subjekt und Objekt der Forschung sowie Modell und Realität fallen zusammen. Daher werden aus der Theorie direkt die (einzig) »richtigen« Maßnahmen für die Politik abgeleitet und ohne Rücksicht auf Verluste umgesetzt.⁹⁷

Versuchen wir, den Mangel an Reflexion aufseiten der Mainstream-Ökonomen zu mildern, indem wir das Modell von Angebot und Nachfrage auf Produktion und Verbreitung ökonomischer Theorien anwenden.

Das *Angebot an Theorien* und damit ihre Produktion entstehen aus unterschiedlichen Motiven – die Suche nach neuen Erkenntnissen; das Bestreben, eine Grundlage für die Wirtschaftspolitik zu liefern; der Ehrgeiz, berühmt zu werden; die Befriedigung der »Theorienachfrage«; das damit verbundene Be-

mühen, die Interessen der jeweiligen Nachfrager zu legitimieren (Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Thinktanks etc.); und nicht zuletzt die Erzielung von Einkommen.

Diese Motive wirken in vielfältigen Kombinationen. Immer wird ein Wissenschaftler allerdings den Anspruch erheben, dass er der Wahrheitsfindung diene. Dienen seine Theorien gleichzeitig bestimmten Interessen, so wird er sie so konstruieren, dass der Rechtfertigungscharakter – so gut es geht – verdeckt wird.

Ein Beispiel: Hätte Milton Friedman in den 1960er-Jahren angesichts des linken Zeitgeistes ein Ende der Vollbeschäftigungspolitik gefordert, so wäre das als politisches Statement eines konservativ-liberalen Ökonomen abgetan worden. Indem er hingegen die Theorie der »natürlichen Arbeitslosenrate« konstruierte, welche die »keynesianische« Phillips-Kurve zum Ausgangspunkt nahm, die Erwartungsbildung und die – damals steigende – Inflation einbaute, erreichte er den gleichen Zweck auf »wissenschaftliche« Weise.⁹⁸

Je stärker in einer Wirtschaftstheorie die Rechtfertigung bestimmter Interessen dominiert, desto höher ist ihr Abstraktionsgrad. Er verdeckt das Element der Legitimation und macht es dem Theoretiker leichter, sein Selbstbild als »Wahrheitssucher« zu bewahren. Auch die Betonung der methodischen Korrektheit, der logischen Konsistenz und nicht zuletzt der »Wertfreiheit« dient häufig diesem Zweck. Daher prägt folgendes Paradox die Produktion ökonomischer Theorien: je idealistischer ihr Charakter, desto materieller sind die legitimierten Interessen.

Die Produzenten realistischer Theorien gehen von den Beobachtungen aus und suchen allgemeine Zusammenhänge auf induktivem Weg herauszufinden. Sie legitimieren ebenfalls Interessen, doch ist dies weniger ein Zweck der Theoriebildung als das Ergebnis ihrer empirischen Forschung und deren Weiterentwicklung zu Theorien.⁹⁹ Zudem spielt das anteilnehmende Denken eine bedeutende Rolle: Es ist fokussiert auf das Konkrete, und aus dessen Beobachtung entstehen Ideen zu Verbesserungen der Lebensbedingungen, insbesondere der Menschen in Not. »Wertfreiheit« ist daher kein Ziel.

Auch die *Nachfrage nach Wirtschaftstheorien* entfaltet sich aus unterschiedlichen Motiven, vom Streben nach Erkenntnis bis zur Legitimation von Interessen. So werden die Gewerkschaften Theorien bevorzugen, welche einen wirtschafts- und sozialpolitisch aktiven Staat legitimieren, Unternehmerverbände fragen solche Theorien nach, welche die Notwendigkeit deregulierter

Märkte, einer verbesserten Infrastruktur und einer Privatisierung der Daseinsvorsorge begründen. Der Finanzsektor präferiert Theorien, die freie Finanzmärkte und die Privatisierung der Pensions- und Krankenversicherung legitimieren. Nur in Finanzkrisen soll der Staat Stärke zeigen.¹⁰⁰

Die Bedeutung der unterschiedlichen Motive von Anbietern und Nachfragern verändert sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Je mehr sich eine Krise vertieft, desto stärker überwiegt die Nachfrage nach konkreter Erklärung die nach Interessenlegitimation. Gleichzeitig nehmen die Anstrengungen der Ökonomen zu, ein entsprechendes Angebot zu erstellen, also das Rätsel der Krise zu lösen. Nun hat die realistische Ökonomie Hochkonjunktur. Beispiele wären der steigende Einfluss der sozialreformerischen bzw. sozialistischen Theorien in der Depression der 1870er-Jahre und des Keynesianismus in und nach der Weltwirtschaftskrise. In »Normalzeiten« dominieren »Rechtfertigungstheorien« wie etwa in der »Belle Époque« zwischen 1890/95 und 1914 (in dieser Periode setzte sich die Neoklassik durch). Die Produktion idealistischer Theorien erlebt dann einen Boom, wenn sich die Verteilung von Einkommen und Macht nachhaltig zulasten der Besitzer von Realkapital und Finanzkapital verschiebt wie in den 1960er-Jahren.

Es war daher eine brillante Strategie von Hayek, die *Produzenten* der Theorien (»*original thinkers*«) in der Mont-Pelerin-Society direkt zu vernetzen mit den *Finanziers* und den *Verkäufern*, also den Thinktanks und (prominenten) Journalisten (»*second-hand dealers in ideas*«).¹⁰¹ Durch Produktion vieler Einzeltheorien wurde die »marktreligiöse Gegenreformation« vorbereitet (siehe Kapitel 6) und in den 1970er-Jahren durchgesetzt. Nach seiner Ausschmückung durch »rationale Erwartungen« übernahmen die meisten Ökonomen das neoliberal-neoklassische Gedankengebäude (siehe Kapitel 7).

Die Thinktanks verarbeiteten die Theorien (»Vorleistungen«) zu markt- und politiktauglichen »Endprodukten«, den »alternativlosen« Anweisungen an die Politik. Ihre Umsetzung – von der Liberalisierung der Finanzmärkte bis zur Austeritätspolitik in Südeuropa – hat die ökonomische, soziale und politische Lage in Europa immer mehr verschlechtert (siehe Kapitel 9 bis 12). Die kommende Finanzkrise könnte die Währungsunion und selbst die Europäische Union in ihrer Existenz bedrohen: Die Zeit ist reif für eine Renaissance der »realistischen Ökonomie«, also für den Übergang von »marktreligiösem« zu aufklärendem, von wertfreiem zu anteilnehmendem und von abstraktem zu problemorientiertem Denken.

Ein solches Denken führt unweigerlich zur Schlussfolgerung: Die »totale« Gleichgewichtstheorie ist ein vollkommener und irreparabler Unsinn (siehe Kapitel 17). Wie aber sollen Ökonomen, die sich abgemüht hatten, den Umgang mit dieser Theorie zu erlernen, eine solche Einsicht ertragen können? Wie sollen Professoren, die Jahrzehnte diese Theorie lehrten, gegen Ende ihres Berufslebens den Gedanken zulassen, dass es ein Unsinn war? Wie sollen Journalisten und Politiker damit umgehen, dass sie jahrzehntelang Mantras wie »Mehr privat, weniger Staat«, »Leistung muss sich wieder lohnen« und andere Plattitüden nachgebetet haben und durch deren Umsetzung die Lebensbedingungen von Millionen Menschen verschlechterten?

Zusätzlich erschwert wird »gesellschaftliches Lernen« in Europa durch unterschiedliche nationale Denktraditionen. Als in den 1950er- und 1960er-Jahren überall der Keynesianismus dominierte, lehrten deutsche Professoren überwiegend den Ordoliberalismus.¹⁰² Dieser Unterschied wirkt bis heute nach, am härtesten bekam ihn Griechenland zu spüren (siehe Kapitel 11 und 12).¹⁰³

Die Entwicklung einer »realistischen Ökonomie« braucht konkretes Denken, und dieses wird durch Anteilnahme genährt. Gleichzeitig sind Ökonomen aber überdurchschnittlich egoistisch. Dies ist das fast einhellige Ergebnis von Studien, die Haltung und Verhalten von Ökonomen mit jenen anderer Gruppen vergleichen.¹⁰⁴

Falls das zutrifft, wäre das für die Gesellschaft fatal, denn Ökonomen sitzen an den Schaltstellen medialer und politischer Macht, das Denken in ökonomischen Begriffen und Sachzwängen dominiert den öffentlichen Diskurs.¹⁰⁵ Doch alle diese Studien sind in den vergangenen dreißig Jahren entstanden, in denen die neoliberale Weltanschauung dominierte, die uns alle egoistischer gemacht hat (siehe Kapitel 16).¹⁰⁶ Und je größer die Probleme in der Wirklichkeit werden, insbesondere nach der nächsten Finanzkrise, desto stärker wird das problemorientierte, konkrete und teilnehmende Denken an Bedeutung gewinnen, auch unter Ökonomen.

Das Fundament einer »realistischen Ökonomie« ist der »*homo humanus*«, also die Grundannahme, dass Verstand und Gefühl, egoistischer und sozialer Eigennutz das Verhalten der ökonomischen Akteure bestimmen – sie sind Individuen *und* soziale Wesen. Eine solche mikroökonomische Fundierung der Makroökonomie wurde zum größten Teil von jenen Vertretern der Verhaltensökonomie bzw. der Neuroökonomie geleistet, die sich

von der Gleichgewichtstheorie als Referenzmodell emanzipiert haben (siehe Kapitel 9).¹⁰⁷

Natürlich erfordert das Ver-Lernen große Mühe, doch gleichzeitig macht die Zerstörung des schlechten Alten Spaß und Freude am besseren Neuen.¹⁰⁸ Dieses Vergnügen an der intellektuellen »kreativen Zerstörung« konnte ich auch bei der Lektüre der Arbeiten von Ernst Fehr, Colin Camerer und den anderen in Kapitel 9 erwähnten Verhaltensökonomien spüren.¹⁰⁹

Ein großes Problem muss vertieft behandelt werden, auch wenn es sich nicht endgültig lösen lässt: Wie können Forscher widerspruchsfreie Theorien über das Verhalten von Menschen entwickeln, die alle durch Widersprüche geprägt sind (ebenso wie die Interaktionen zwischen ihnen)? Der Lösungsversuch durch Homo oeconomicus und »rationale Erwartungen« musste scheitern: Wenn das forschende Subjekt und das erforschte Objekt in einem Wesen zusammenfallen, wird logische Konsistenz durch jenen »intellektuellen Kurzschluss« erreicht, der das Denksystem zu einem tautologischen Nichts »verschmort«.

Einen anderen Lösungsversuch bietet die Dialektik an, für welche die vielfältigen Widersprüche in der »Realität« und ihre Entfaltung als Ausdruck eines Entwicklungsgesetzes erscheinen, des Dreischrittes von These, Antithese und Synthese. Ich operiere lieber mit dem allgemeineren Konzept von »Polaritäten«, wobei die »Pole« einander bedingen und gleichzeitig in einem Spannungsverhältnis miteinander interagieren (Verstand/Gefühl, egozentrischer/sozialer Eigennutz, Konkurrenz/Kooperation, Frau/Mann, Yin/Yang etc.).¹¹⁰

Sigmund Freud ging einen neuen Weg, um die Widersprüchlichkeit des Menschen in seiner Theorie zu berücksichtigen. Er begriff die Beziehung zwischen dem forschenden und therapierenden Subjekt (Psychoanalytiker) und dem (realen) Patienten als seinem Objekt radikal anders als die Gleichgewichtsökonomien jene zu ihrem (imaginierten) Objekt. Für Freud sind Analytiker und Patient Menschen mit Verstand, Gefühlen, Trieben, Moralvorstellungen, mit einer Vorgeschichte und mit einer Zukunft. Um dieses »Durcheinander« zu ordnen, entwickelte er das theoretische Konzept von Ich, Es und Über-Ich, ohne dieses für ein Abbild der psychischen Struktur zu halten.

Da der Analytiker nicht nur vom Verstand geleitet wird, sondern auch von (unbewussten) Trieben und Gefühlen, stellte Freud Regeln auf, damit diese Faktoren die therapeutische Beziehung möglichst wenig beeinflussen. So sollen das »Abstinenzprinzip« und die Kontrolle der »Gegenübertragung«

sicherstellen, dass der Therapeut als Projektionsfläche für Triebe und Gefühle des Patienten dient.

Dieses Problem haben wir Ökonomen nicht. Wir dürfen unbekümmert die Objekte unserer Forschung mögen und am Schicksal der Benachteiligten und Schwachen Anteil nehmen. Wir brauchen nicht »wertfrei« denken und politisch »abstinent« bleiben, sondern können ungeniert Theorien und darauf basierende Vorschläge erarbeiten, um die Lebensbedingungen zu verbessern.¹¹¹ Das Bedürfnis der Schwachen nach solchen Konzepten ist groß, ihre Nachfrage mangels Kaufkraft aber klein, viel kleiner als jene von Thinktanks und (manchen) Medien. Also werden »realistische Ökonomen« durch den Prestigewert neuer Diagnosen als Grundlage nützlicher »Therapien« entlohnt, und dieser steigt in Zeiten von Krisen.

Befürchtungen, anteilnehmendes Denken sei »unwissenschaftlich«, lassen sich am Beispiel großer Ökonomen wie Adam Smith, John Stuart Mill, Karl Marx oder John M. Keynes zerstreuen: Sie waren allesamt anteilnehmende Denker und haben die Wirtschaftswissenschaft weiter vorangebracht als etwa Milton Friedman, Robert Lucas und die anderen »coolen« Denker aus Chicago.

Angesichts der Komplexität ökonomischer Prozesse ist der Anspruch der »realistischen Ökonomie« viel bescheidener als jener der idealistischen Theorien. Einerseits sollten Ökonomen spezifische Fragen genau und damit konkret analysieren und andererseits die Querverbindungen zwischen diesen Problemen herausarbeiten.¹¹² Beide Aufgaben können nur in einem Suchprozess ohne definierbares Ende angegangen werden und nur in Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen, von den übrigen Sozialwissenschaften und der (Sozial-)Psychologie bis zu technischen Disziplinen und der Klimatologie.¹¹³

Ein Jahr vor seinem Tod schrieb Ludwik Fleck 1960 einen kurzen Aufsatz »Krise der Wissenschaft«. Obwohl er primär die Naturwissenschaften im Auge hatte, sind seine Einsichten auch für die Wirtschaftswissenschaft relevant, heute mehr als damals. Das verdeutlicht schon der Untertitel »Zu einer freien und menschlicheren Wissenschaft« und der erste Satz: »Es ist unzweifelhaft, dass die Wissenschaft zur Gehilfin von Politik und Industrie wird, zum großen Schaden ihrer kulturellen Mission.« Einen wichtigen Grund dafür »stellt der wachsende Opportunismus vieler vor allem junger Wissenschaftler dar – Wissenschaftler, für die Wissenschaft lediglich ein moderner Weg zu einer guten Karriere ist«.¹¹⁴

Um die Willfähigkeit der Wissenschaft(ler) einzudämmen, braucht es das Bewusstsein, dass jede Erkenntnis »eine soziale Tätigkeit« ist.¹¹⁵ »Deshalb muss Erkenntnis als eine Funktion von drei Elementen verstanden werden: Sie ist eine Relation zwischen dem individuellen Subjekt, dem bestimmten Objekt und der gegebenen Denkgemeinschaft (Denkkollektiv), in der das Subjekt handelt (...).«¹¹⁶ Erkenntnis als sozialer Prozess findet somit ihren Ausdruck in der Dominanz eines bestimmten »Denkstiles« (wie der idealistischen Ökonomie) und eines bestimmten »Denkkollektivs« (wie dem der Anhänger der Theorie »rationaler Erwartungen«).

Die Reflexion der Wissenschaftler über den sozialen Charakter ihrer Erkenntnisprozesse hat viele Vorteile: »Der Wissenschaftler wird bescheidener, indem er die begrenzte Rolle des Individuums anerkennt.«¹¹⁷ So besehen erscheint das »tiefste Problem der gegenwärtigen Zeit, die Beziehung des Individuums zur Gemeinschaft, (...) in einem neuen Licht. Die gemeinschaftliche Stimmung des Denkkollektivs (...) kann blenden, und sie kann klar sehend machen.« Für mich ist klar: Die idealistische Ökonomie hat geblendet, die realistische Ökonomie sehend gemacht, auch wenn sich damit nicht alle Fragen restlos klären lassen – dazu sind ökonomische Prozesse zu komplex.

Fleck schreibt weiter: »Jeder Politiker und jeder Geschäftsmann weiß, dass die Propaganda, also die Erweckung der gewünschten gemeinschaftlichen Stimmung, grundlegend für jede gemeinschaftliche Tätigkeit ist. Die Wissenschaftler verkennen diesen Umstand – zumindest offiziell – und werden sein Opfer.« In der Wirtschaftswissenschaft geschah in den vergangenen siebzig Jahren genau das Gegenteil: Das neoklassisch-neoliberale »Denkkollektiv« machte selbst Propaganda für die Marktgläubigkeit, die Opfer waren andere.

Doch Aufklärung hilft: »Wenn jedes Schulkind lernt, dass jede Torheit, wie groß sie auch ist, durch passende Propaganda glaubwürdig gemacht werden kann, wird der kritische Widerstand gegen die Propaganda anwachsen.«¹¹⁸

Dazu soll dieses Buch beitragen.